

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Listung.
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingung
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 23. August 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Zur wirtschaftlichen Lage.

An der Börse und in den Industriebörsen wiegt man sich jetzt wieder in Hoffnungen. Die Beendigung des chinesischen Krieges, günstigere Berichte über den englischen Handel und — der Stahlarbeiter-Ausstand in den Vereinigten Staaten, von welchem die deutschen Eisenbarone hoffen, daß er die Amerikaner in ihrer mörderischen Konkurrenz hindern werde, haben eine gewisse Beruhigung auf dem Markte der Dividendenpapiere eintreten lassen. Die Kapitalbesitzer, deren wilde Angst noch vor kurzem einen allgemeinen Zusammenbruch kommen sah, schöpfen wieder Vertrauen und Mut. Wenn man jedoch die Entwicklung der Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, hat man die Gewißheit, daß diese „Erholung“ nur eine Art Zwischenakt in dem furchtbaren Drama jener Krise bezeichnet, die sich vor unseren Augen abspielt und kaum ihren Höhepunkt, geschweige denn bereits ihr Ende erreicht hat. Die Aufschwung ist nicht richtig, daß der chinesische Krieg die Ursache der Krise sei. Der Operettenzug gegen den Drachen war nur ein äußerlicher Anlaß; in Wirklichkeit ist diese Krise die Folge der jahrelangen kapitalistischen Ueberproduktion und Ueberkapitalisation. Da die Maschinen sich nicht so schnell abnutzen als sie erzeugt wurden, das Einkommen der Arbeitermassen auch nicht höher geworden ist, so herrscht auch nicht die Möglichkeit, die Produktion im Umfange des Jahres 1899 aufrecht zu erhalten, geschweige denn sie über die damaligen Niveaus hinaus zu entwickeln. Im wirtschaftlichen Leben aber trifft noch mehr als auf anderen Gebieten der Satz zu, daß schon der Stillstand Rückschritt bedeutet und so sind denn auch die von der kapitalistischen Gesellschaft heiß ersehnte „Belebung des Geschäfts“ keine großen Hoffnungen zu setzen.

Wie lagen denn die Dinge seit 1899? Fast alle deutschen Eisenhüttenwerke hatten in den vorhergehenden Jahren ihre Anlagen erweitert. Die dadurch herbeigeführte teilweise ganz kolossale Vermehrung der Produktion war ohne schädliche Wirkung, so lange der Eisenmarkt eine ausserordentliche Aufnahmefähigkeit zeigte. Infolge des vermehrten Verbrauchs waren die Preise für Kohle und Roheisen derart gestiegen, wie sie vordem nur in kurzen Wagnisperioden erzielt worden waren. Die Möglichkeit weiterer Preissteigerungen erscheint jetzt ausgeschlossen, selbst wenn die in Oberschlesien und Rheinland-Westfalen aufgestapelten Mengen glatt verkauft würden. Daß die Dinge so kommen mußten, wie sie jetzt gekommen sind, haben die Unternehmer auch gesucht. Der Generalbevollmächtigte des Grafen Hensell v. Donnermarck, Bergtal Lobe, sagte schon am 18. Oktober 1899 in der Stadtverordneten-Versammlung zu Königshütte: „Die Erfahrung hat uns oft genug gelehrt, daß in der Industrie sieben fetten Jahren in der Regel nicht stehen, sondern viel mehr magere Jahre folgen. Wenn wir mit unseren Industriellen auch die anhaltende Dauer unserer jetzigen günstigen Verhältnisse erhoffen, so werden wir doch unser Schicksal nicht entgehen.“ Das Schicksal hat denn auch die kapitalistischen Produktionsanarchisten in ihrer bis über den Scheitelpunkt gepriesenen Prosperitätsperiode rasch erreicht. Die Glanzperiode hat mit dem Bankrott ihr Ende erreicht und die Aktionäre, die dieses Jahr mit vereinigt oder ganz ohne Dividenden heimgezogen sind, haben allen Direktoren Vorwürfe zur Pflicht gemacht. Der Kredit hat seine Grenzen gefunden, und das Abgabebiet für Eisen, Maschinen, elektrische Industrie-Erzeugnisse, Kleinbahnen usw. läßt sich nicht mehr ausdehnen. Mörderische Konkurrenz, Absatzlosigkeit, Preissturz ist die natürliche Folge. Und da die Kapitalisten sich schädlos zu halten suchen durch Lohnreduktionen und Arbeiter-Entlassungen, so verschlimmert sich die Lage immer mehr.

Selbst die Börsenblätter warnen denn auch angesichts der Hoffnung auf die „Wiederbelebung unserer Handelsbeziehungen mit China“ vor Ueberhebung dieses Moments. Zwar verweist man auf die neuesten Ziffern über Hamburgs Handel mit China und konstatiert mit Genugthuung, daß im Kriegsjahre 1900 diese Handelsziffern sich nicht bloß gleich geblieben seien, sondern sich beträchtlich gehoben hätten. Allein diese gesteigerte Ausfuhrziffer ist bei spezieller Betrachtung lediglich auf Kosten des Abgangs zu setzen und es ist recht erbaulich, die betreffenden Ziffern zu lesen. Am deutlichsten kommt der Kriegszustand in China in dieser deutschen Ausfuhrziffer zum Ausdruck bei den Getreiden. Hier wurde 1899 für 463 000 M., 1900 für 849 000 M. ausgeführt; Weizen 1899: 242 000 M., 1900: 370 000 M., Champagner 1899: 48 000 M., 1900: 81 000 M.; Rum 1899: 6000 M., 1900: 21 000 M.; Cognac 1899: 53 000 M., 1900: 117 000 M. Gegenüber dieser den Italienern Ueberlegenheit erfreulich betrachtenden Ausfuhr nationaler Alkohols sind jedoch andre Artikel erheblich zurückgegangen. Geweire wurden 1899 für 1 641 000 M. nach China ausgeführt, 1900 für nur noch 178 000 M. Patronen 1899 für 3 248 000 M., 1900 für 632 000 M. usw. Wegen des Niederganges aller andre Artikel hat dem selbst der Kriegsbedarf die Hamburger Ausfuhrziffer nach China gegen das Vorjahr nur um 1 Million aufzuheben lassen. Dagegen ist die Einfuhr Chinas über Hamburg nach Deutschland in dem einen Jahre von 1899 bis 1900 ganz stark angeschwollen und zwar von 17,8 auf 29,1 Millionen Mark. So scheint durch den Krieg lediglich der Handel aus China, nicht aber der Handel nach China sich zu heben. Obgleich macht der ganze chinesische Handel noch nicht einmal ein Prozent unseres Gesamthandels aus. Wo soll also der erhoffte „Aufschwung“ herkommen?

Die Nachrichten über die wirkliche Lage der Kohlen- und Eisenindustrie gelten auch noch nicht den Anfang einer Besserung. Beim westfälischen Coalsyndikat betrug der Coalsatz im Monat Juli 1901 524 000 Tonnen gegen 539 000 Tonnen im Juni und 660 000 Tonnen im Juli 1900. Der Coalsverband, der im

Januar laufenden Jahres noch 663 000 Tonnen betrug, zeigt von da ab von Monat zu Monat sinkende Ziffern. Dabei ist ohnedies gegenwärtig eine Produktionseinschränkung von 33 1/2 Proz. in Kraft. Auf dem rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt haben sich die Absatzverhältnisse für die meisten Zechen im laufenden Monat noch ungünstiger gestaltet als im Vormonat. Namentlich sammeln sich in Zeinkohlen bedeutende Massen an und in den jüngsten Tagen verlautele, daß eine große Bergwerksgesellschaft auf ihren verschiedenen Zechen allein über 20 000 Tonnen Zeinkohlen aufgestapelt habe. Nach der Uebersicht der Ergebnisse des Steinkohlenbergbaues in Preußen betrug der Absatz im ersten Halbjahr 1901 296 000 Tonnen weniger als in gleicher Zeit des Vorjahres. Die Gas- und Gasflammenkohlen-Zechen behaupten, noch gut beschäftigt zu sein, doch wird die diesmonatliche Gesamtmineralförderung noch höher sein als im Juli. Künstlich hält das Syndikat den gegenwärtigen Förderungsstempel noch aufrecht durch die Steigerung der Ausfuhr. Im Ausland wird mit Verlust verkauft, um den Preissturz im Inland zu verhüten. Wie die Mäntel des Ruhrbezirks melden, sind die Lager an den Rhein- und Ruhrhäfen stark gefüllt; ebenso haben sich am Oberrhein und in Süddeutschland große Vorräte angehäuft. Die Absatzverhältnisse der westfälischen Kohlenzechen sind der beste Gradmesser für die Lage der Gesamtindustrie, aber nach diesen Absatzverhältnissen beurteilt, scheint in der Industrie auf lange hinaus noch nicht auf Besserung zu hoffen zu sein.

Auch die Nachrichten aus der Industrie selbst lauten noch andauernd ungünstig. Die Dortmunder „Union“, eine der größten deutschen Werke, muß von der Verteilung einer Dividende Abstand nehmen, weil sie von der Verschlechterung der Marktlage schwer betroffen worden ist. Nur durch erhebliche Preisnachlässe konnten überhaupt die bestellten Produkte zur Abnahme gelangen, während andererseits große Rohstoffvorräte zeigen, wie der Verkauf behindert ist. Am Schluß des vorigen Geschäftsjahres lagen für 29 Millionen Mark Aufträge vor, an diesem nur für 18 Millionen Mark. Und wie viele von diesen wirklich ausgeführt werden, ist nicht gesagt. Die Dounermarck-Hütte in Oberschlesien hat Anfang vorigen Jahres einen neuen Dofhofen in Bau genommen, kann ihn jetzt jedoch nicht dem Betrieb übergeben, da nach Lage des Marktes von jeder Vermehrung der Roheisen-Produktion abgesehen wird. Und so lauten die Nachrichten von allen Seiten.

Soweit die deutsche Industrie noch gut beschäftigt ist, lebt sie vom Export. Die ober-schlesische Eisenindustrie existiert gegenwärtig nur noch von den Orders aus Rußland und den Donanländern, die sächsische Industrie fertigt lohnende Aufträge nur noch für den russischen, englischen und amerikanischen Markt. Westfalen wirft seine Ueberproduktion nach Belgien und England. Greift jetzt das Ausland, gezwungen durch den deutschen Wuchertarif, zu Zollrepressalien, dann dürfte der erhoffte Aufschwung sich in den schlimmsten Niedergang verwandeln.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. August.

Centrum und Zollwucher.

Auf unsere Frage, wie die „Germania“ über den Vorschlag denke, die Wähler zur Entscheidung über den Wuchertarif zu berufen, erwidert heute das Centrumsblatt:

„Der ‚Vorwärts‘ sollte aus der Geschichte des Reichstags doch ganz genau wissen, daß keine Partei des Parlamentes der Auflösung und den Neuwahlen ruhigeren Blutes entgegensehen kann, als das Centrum. Wenn also die zuständigen Faktoren eine Reichstags-Auflösung beschließen sollten, so würden wir vom Parteistandpunkt gegen eine solche Maßregel nichts einzuwenden haben. Eine andre Frage aber ist, ob eine Reichstags-Auflösung an sich notwendig und gerechtfertigt ist, und das möchten wir entschieden bestritten. Schon bei den letzten Wahlen ist ausreichend auf die Aufgabe des jetzigen Reichstags hingewiesen worden, die Zollpolitik auf abschbare Zeit festzulegen. Der Socialdemokratie wären alljährliche Neuwahlen am liebsten. Ist doch die Agitation und Aufreizung der arbeitenden Klassen ihr Lebenselement. Wir sehen aber nicht ein, welche Veranlassung die verbündeten Regierungen hätten, dem Agitationsbedürfnis der Socialdemokraten entgegen zu kommen und das Land in die Stürme eines mit allen Mitteln der Leidenschaft geführten Wahlkampfes zu stürzen. Und aus diesem Grunde vermögen wir auch nicht der freundlichen Einladung des ‚Vorwärts‘ zu folgen, den verbündeten Regierungen eine Auflösung des Reichstags zu empfehlen.“

Es ist den katholischen Arbeitern und Centrumswählern nicht bekannt, daß ihre Partei bei den Wahlen von 1898 ihnen angekündigt hätte, sie werde für einen Zollwuchertarif stimmen wie derjenige, den jetzt die Regierung vorlegt und der auch die Arbeiter-Gefolgschaft des Centrums tief erregt. In der 1898er Wahlbewegung ist die künftige Gestaltung der Zollpolitik besprochen worden, aber den Centrumswählern wurde abgejapirt, daß eine weitere ungeheuerliche Mehrbelastung des täglichen Brotes geplant werde, daß die deutsche Industrie den schwersten Nährnissen entgegengehe. Die Versicherung der „Germania“, ihre Partei könne auch jetzt ruhigen Blutes an Neuwahlen denken, ist und daher nichts weniger als glaubhaft. Die Herren stellen sich mutig, aber sie denken mit Bangen, daß sich das Ereignis von Duisburg-Mühlheim in zahlreichen Centrumswahlkreisen wiederholen würde, wenn es zu allgemeinen Reichstagswahlen käme. In Duisburg-Mühlheim — selbst ehe noch der Wuchertarif wirklich bekannt war, als er nur erst befürchtet wurde — zeigte sich bei völliger Stagnation des Centrums eine Verdoppelung der socialdemokratischen Stimmenzahl. Danach mag allerdings dem Centrum eine Reichstags-Neuwahl unter der Losung der Wuchertarife „nicht gerechtfertigt“ erscheinen.

Die „Germania“ sucht ihre betrübliche schwache Position zu stärken, indem sie das rüde Gerede wiederholt, die Agitation und Aufreizung sei das Lebenselement der Socialdemokratie. Aber das Centrum selbst hat sich 1887 gegen fünfjährige Legislaturperioden verwahrt und die „Agitation und Aufreizung“ nach je drei Jahren als berechtigt und im Interesse der Wähler nötig erachtet; diese drei Jahre sind aber verstrichen seit der 88er Wahl. Nach der eignen Ueberzeugung des Centrums sollte es also an der Zeit sein, jetzt die Stimme des Volkes zu hören.

Aber das Centrum hat auch hier seine Ueberzeugungen reaktionär gewandelt wie in allen wichtigen politischen Fragen. Einst war auch sein Lebenselement häufigere Wahl, Agitation und „Aufreizung“. Jetzt ist es die satte Partei des Besizes, die jede Erregung fürchtet, die in ihrem Lebenselement ist, wenn das politische Leben des Volkes erstarbt und die Menge in stiller Demut jeden Schwindel erträgt.

Zarenbesuch.

Paris, 21. August 1901.

Seit der „historischen Woche“ vom Oktober 1896, wo der Zar zum erstenmal das verbündete Frankreich mit seinem „hohen“ Besuch beehrte, ist so manches geschehen, was nach menschlichem Ermessen die chauvinistische Vernarrtheit in die Zarenfreundschaft hätte gründlich kurieren sollen. Vor allem ist den verbündeten Alliancesanatikern ein Licht darüber aufgegangen, daß der Alliance nichts ferner liegt als ein Revanchekrieg im Esch-Vollbringen. Sodann hat Rußland zur Zeit des Hoshoda-Abenteuers geradezu eine cynische Rücksichtslosigkeit gegenüber an den Tag gelegt. Die einzige „positive“ Folge des Zarenbesuchs von 1896 war der Gegenbesuch Felix Jaures in Petersburg ein Jahr später. Komte man noch zur Not die hysterische Freude der „historischen Woche“ begrifflich finden, so hätte fünf Jahre später die plötzliche Kunde vom kommenden Zarenbesuch denn doch mit würdevoller Ruhe aufgenommen werden sollen.

So nach menschlichem Ermessen! Der Chauvinismus aber hat seine eigne Logik. Er ist blind wie die Liebe. Die russische Alliance ist ihm noch immer ein Liebesverhältnis, keine Vermut- und Geldheirat. Die Zeitungen aller bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme führen wieder eine hysterisch-verzerrte Sprache, als ob der Zarenbesuch kein lässliches diplomatisches, finanzielles Manöver wäre, sondern eine Rettungsaktion zu Gunsten Frankreichs. Es wäre zum Verzweifeln, wenn der Zeitungsjubel wirklich die Stimmung des französischen Volks widerspiegeln würde.

Daß er aber die Jubelstimmung der Regierung höchstens erreicht, davon zeugt die verblühende Thatsache, daß die Regierung beschloß, halte, die frohe Kunde vom Zarenbesuch durch die Illumination der öffentlichen Gebäude zu feiern!... Erst im letzten Augenblick wurde der unglückliche Beschluß rückgängig gemacht. So meldet der „Matin“, der natürlich an der Uebersehbarkeit der Regierung nichts anzufehen hat. Und Herr Delcassé, der Minister des Auswärtigen, eilte in Person nach Compiègne, um — das dortige Schloß für den Zaren und dessen Gefolge neu einrichten zu lassen!... Der Minister Frankreichs und der Republik als dienstfertiger Hotelier des Zaren im buchstäblichen Sinne des Wortes!

Ebenso widerlich ist der bereits um den Zarenbesuch entbrannte Parteistreit. Jede Partei sucht dieses hochpatriotische Ereignis im eignen Interesse zu verwerten. Die regierungsfremdliche Presse schwelgt in Wonne ob der „Zarenbesuchsfähigkeit“ des Ministeriums der „republikanischen Verteidigung“. Damit wären die nationalistischen Verleumdungen endgültig abgethan: wie könnte man noch das jetzige Kabinett eine „Regierung des Landesverrats“ schimpfen, da es durch den Zarenbesuch das höchste patriotische Zeugnis bekomme? Ja, der Zar habe sich diesmal noch freundlich gezeigt als 1896 unter Melnes! diesmal wird er nicht in dem russischen Gesundheitshotel absteigen, sondern im Schloß Compiègne. — Die Oppositionspresse sucht hingegen der Regierung jedes Verdienst um den Zarenbesuch abzurufen. Den Zar wolle nur die Flotte und das Heer, die „wahrhafte Verlöcherung Frankreichs“ durch seinen Besuch beehren. „Er geht direkt zur Arme“, so schreibt Melnes Blatt, „vor welcher alle Parteien und Persönlichkeiten verschwinden...“ Die Regierung, in welcher ein Socialist und ein weiterer Minister sitzen, der einst die Tötung Alexander II. gebilligt (Marineminister de Lanessan), meint das Blatt, hätte keinen Grund, sich des Zarenbesuchs als eines „diplomatischen Sieges“ zu rühmen.

In dem chauvinistischen Jubel und dem noch widerlicheren Lalenstreit der Parteien um die Guib des Herrn verhallt fast, aber klingt doch als die Stimme der nationalen und demokratischen Würde die Meinungsäußerung der socialistischen Presse. Der antiministerielle „Petit Sou“ nennt Nikolaus II. einen „Geschäftsreisenden“ in Staatsanleihen: „Die Parade von Chalons (1896) kostete uns drei Milliarden, wir werden nächstens erfahren, wie hoch sich die Parade von Reims stellen wird.“ Die ministerfreundliche „Petite Republique“ schreibt: „Nach den Ereignissen, die so tief unser Demokratie erregt haben, nach den abscheulichen Verfolgungen der russischen Studenten und Proletarier, nach den Attentaten, denen dort in Rußland zum Opfer fielen all diejenigen, die das Verbrechen begangen hatten zu denken, zu sprechen, zu schreiben oder zu träumen, — erscheint uns der Besuch Nikolaus II. erniedrigender denn je für das Volk freier Menschen, das wir sind... Den nach Sibirien Verbannten und Gekerkerten entbieten wir einen brüderlichen Gruß und wie schwören ihnen, uns nicht durch den chauvinistischen Wahnsinn hinführen zu lassen zu den Taten derjenigen, der sie verfolgt und terrorisiert.“

Der französisch-türkische Konflikt.

Der Konflikt Frankreichs mit der Türkei hat bereits zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch den französischen Votschafter Constans geführt. Gleichwohl darf angenommen werden, daß Frankreich sich mit seinen weiteren Schritten die Zeit läßt und nicht so ohne weiteres zu einer Flottendemonstration oder gar zu einer Besetzung türkischer Hafenstädte schreitet.

Der „Figaro“, dem enge Beziehungen zu dem Minister des Aeußeren nachgesagt werden, bringt zwar einen sabelkräftigen Artikel, allein die übrigen französischen Blätter beurteilen den Konflikt äußerst kühl. „Lanterne“ findet, daß die Weltangelegenheiten einiger französischer Großkapitalisten nicht dazu angethan seien, sich für ein bewaffnetes Einschreiten zu begeistern, und „Sédele“ macht den Vorschlag, die Sache dem Kaiser Schiedsgericht zu unterbreiten.

Diese nüchterne Auffassung steht sehr vorteilhaft von der des „Figaro“ ab, der sich in eine kampfhaftere Aufregung hineinsteigt und schwadroniert:

„Es ist das erste Mal, daß ein Herrscher dem Gesandten einer Großmacht gegenüber Verpflichtungen eingegangen ist, die er 24 Stunden später in Abrede stellt und somit sein kaiserliches Wort läßt. Wir haben uns nicht damit zu befassen, welche Einflüsse auf den Sultan eingewirkt haben, denn wir machen keinen Unterschied zwischen politischer und privater Moral. Ein gegebenes Wort oder eine Unterschrift, sei es die eines Herrschers oder eines Privatmannes muß heilig sein. Dieses Wort zu verletzen ist eine Verleumdung und gleichzeitig ein Vergehen gegen die Ehre. Frankreich darf diese Verleumdung nicht ertragen und unsere Regierung will dies auch nicht. Wir unterstützen unsere Regierung. Es wäre unnütz, eine Armee zu besitzen, welche eine der gefürchtetsten Streitkräfte der Welt ist, und eine Marine, welche keinen Vergleich zu scheuen braucht. Es wäre unnütz, eine Alliance mit dem mächtigsten Kaiserreiche der Welt geschlossen zu haben, wenn wir Verleumdungen, wie die in Konstantinopel ohne weiteres über uns ergehen lassen wollten. Wir werden vollständige Genehmigung erhalten und nichts auf der Welt kann sich trennen zwischen Frankreich und dem Sultan stellen.“ Diese Ausführungen des „Figaro“ verdienen besonders hervorgehoben zu werden wegen der zwischen dem „Figaro“ und dem Minister des Aeußeren bestehenden engen Beziehungen. Man erwartet in Toulon jeden Augenblick den Befehl zum Abgang der 2. Division des Mittelmeer-Schwadrons nach der Levante.

Uebrigens ist der Minister des Aeußeren, Delcassé, trotz der beunruhigenden Meldung der „Agence Havas“ aus Konstantinopel noch nicht aus Krieger nach Paris zurückgekehrt. Man schließt daraus, daß die Lage in Konstantinopel weniger kritisch geworden sei.

In Konstantinopel neigt man ebenfalls einer optimistischen Auffassung der Lage zu, so, man bestreitet sogar, daß bereits ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens des französischen Votschafters erfolgt sei, weil hierzu gar kein Anlaß vorliegt, da der Sultan den Votschafter Constans in seiner letzten Audienz verständigt habe, daß die Regelung sämtlicher auf die Quaifrage Bezug habenden Angelegenheiten nicht vor Ablauf von sechs Monaten erfolgen könne.

Die Ursache des Konflikts besteht in der Weigerung des Sultans, sofort eine Bürgschaft dafür zu geben, daß die zwischen dem französischen Votschafter und dem Sultan getroffenen finanziellen Abmachungen bezüglich des Rückkaufs der Quai-Gesellschaft-Anlagen, der Erfüllung der Forderungen dreier französischer Unterthanen sowie der von Frankreich aufzunehmenden Hundertmillionen-Anleihe realisiert würden. Ueber die Quai-Angelegenheit äußerte sich nach einem Interview der türkische Votschafter in Berlin, daß dieselbe schon seit Jahren spiele und sich immer mehr zugespitzt habe. Die Franzosen hätten von der türkischen Regierung die Konzession zum Bau von Quai-Anlagen erhalten. Der Gewinn, auf welchen das Unternehmen rechnerisch, wurde durch widrige Bodenverhältnisse in Zweifel gezogen; das Erdreich erwies sich nämlich nach, so daß bereits vollendete Arbeiten unbrauchbar wurden. Hierdurch entstanden bedeutende Mehrausgaben, die mit dem beabsichtigten Gewinn nicht in Einklang zu bringen waren.

Die Mission des französischen Votschafters war es nun, die Türkei zum Ankauf der unrentablen Anlagen zu veranlassen. Für dieselben sollte die Türkei 45, schließlich wenigstens 41 Millionen Frank bezahlen, obgleich die Kosten der Baugesellschaft nur 32 Millionen betragen haben sollen. Die Forderungen der drei privaten Gläubiger bezifferten sich auf die Kleinigkeit von 50 Millionen Frank. Die Türkei sollte aber insgesamt 91 Millionen zahlen, und zwar sollte ihr die Zahlung durch eine französische Anleihe von 100 Millionen Frank ermöglicht werden. Der Sultan soll nach der französischen Darstellung nach langen Verhandlungen schließlich dem Drängen des französischen Votschafters nachgegeben und sich zur Vornahme dieser finanziellen Aktionen bereit erklärt haben. Als Constans nunmehr, nachdem die Sache soweit gediehen war, vom Sultan eine sofortige Bürgschaft für die Anleihe verlangte, erklärte derselbe, daß man ihm ja zur Regelung der Angelegenheit sechs Monate Frist eingeräumt habe. Constans wollte hiervon jedoch nichts wissen und erklärte die diplomatischen Beziehungen abbrechen zu müssen.

Nach einer Darstellung der „Agence Havas“ soll der Sultan selbst seit dem Wunsch gehabt haben, die Quai-Anlagen zu kaufen. Wenigstens habe er unter diesem Vorwand bisher der Quai-Gesellschaft die Rechte vorenthalten, die Privilegien und Vorteile anzubedenken, die ihr die Konzession zugestanden. Constans habe ihn daher vor die Alternative gestellt, entweder der Gesellschaft ihre vollen Rechte einzuräumen, oder den geforderten Preis für die Anlagen zu zahlen. Welche der beiden Lesarten die richtige ist, läßt sich schwer feststellen.

Ueber die 50 Millionen-Forderung berichtet die „Agence Havas“:

„Diese Ansprüche beziehen sich auf drei Fälle. In dem einen verlangt die Familie Borando die Zahlung einer Anweisung auf die Regierung. Die Sache geht zum Teil auf dreißig Jahre zurück und stammt aus einem Ansehen zum Bau der Bahn von Galata nach Fennid. Als Bürgschaft hat die Regierung den Betrag dieser Linie versprochen, aber die Gläubiger haben niemals etwas erhalten, obgleich die ottomanischen Gerichte sich zweimal zu ihren Gunsten ausgesprochen haben. Mit Zins und Zinseszinsen ist die Schuld heute ins Riesige gewachsen, doch beanspruchen die Gläubiger nicht das Ganze. Immer muß die Regierung den Spruch der Gerichte ausführen und die Schuld bezahlen. Der zweite Fall ist die Schuld Zubini, die aus einem ähnlichen Anlaß herrührt. Sie ist zwar nicht von den Gerichten, wohl aber von der Regierung anerkannt worden. Die dritte Reklamation geht von der Gesellschaft aus, die in Anatolien Ländereien gekauft hat, deren sich Albanesen bemächtigt haben; die Gesellschaft verlangt jetzt Entschädigung.“

Es fragt sich nun, ob Frankreich wirklich durch eine militärische Aktion seinen Forderungen Nachdruck verleihen wird. Noch ist von der Regierung nichts Definitives darüber beschlossen. Ein Blatt läßt sich aus Paris melden:

Am morgigen Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten Loubet, welcher sich morgen Abend für zehn Tage nach Montblanc begibt, wird zweifellos ein genauer Bericht des Votschafters Constans vorliegen. Einweilen werden in Toulon die drei Schiffe „Dupleix“, „Jauréguiberry“ und „Charles Martel“ unter Dampf gehalten. Sollten diese

nach dem Orient abgehen, so würden sie beim Dünkirchener Reubengeschwader durch die „Venus“ und zwei andre Schiffe ersetzt werden.

Deutsches Reich.

Gumbinnen.

Zahlreiche Blätter sprechen die Ueberzeugung aus, es sei nicht zu erwarten, daß an dem verurteilten Marten die Todesstrafe werde vollzogen werden. Bei der Unangenehmheit des Falles müßte die Möglichkeit einer späteren Aufklärung bestehen bleiben.

Eine Korrespondenz erzählt, daß das Gumbinner Todesurteil auch unter den Offizieren allgemeines Gesprächsthema bildet; selbst in diesen Kreisen erlernte man die Nichtigkeit des Urteils nicht an. Dieselbe Korrespondenz teilt über die Vorgänge bei der Urteilsfassung folgendes mit:

„Wie wir erfahren, hat das aus zwei Oberkriegsgerichtsräten und fünf Offizieren zusammengesetzte gewesene Oberkriegsgericht den Angeklagten Marten mit fünf gegen zwei Stimmen verurteilt und zwar konnten die Oberkriegsgerichtsräte ein Schuldig nicht finden. Die Offiziere erkannten auf ein Schuldig, wodurch der Stab über Marten gebrochen war, denn bekanntlich kann bei diesem Gericht ein rechtskräftiger Spruch nur dann zu Stande kommen, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln das „Schuldig“ anspricht und die fünf Stimmen genügen gerade dieser Gefesgesvorschrift.“

Daß dem Kaiser der Urteilspruch telegraphisch mitgeteilt worden ist, versteht sich. Ein Vortrag über den Lauf der Verhandlung ist für die nächsten Tage vorgesehen.“

Aus Köln wird telegraphisch gemeldet: Die „Köln. Zeitung“ fordert angesichts der Gumbinner Vorkommnisse eine **Beaufsichtigung der Vorgesetzten**, um durch eine rechtzeitige Befestigung des krankesten Gliedes den ganzen Organismus vor schlimmer Ansteckung zu bewahren. Die Offiziere, die durch übertriebene **Schneidigkeit, gepaart mit sprunghaften Launen**, die Dienstförmigkeit der Soldaten ersticken lassen, dürfen nicht geschont, sondern müssen entschieden entfernt werden, **unbefürchtet um ihre Namen und Herkunft**.

Minister von Krosigk war bekanntlich wegen Soldatenmishandlung mit 4 Monaten Festung bestraft gewesen und durfte trotzdem als absoluter Militärherrscher die Macht des unbedingten Gehorsams ungehindert an seinen Untergebenen weiter erproben. Sein Vater ist ein hoher General.

Verfahrenheit des Kaufmännischen Mittelstandes.

Eine überaus lässliche Haltung gegenüber dem ungeheuerlichen Mitleid der Brotwindecker bewies die erste Generalversammlung des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender, die am 19. August in Eisenach tagte. Auf der Tagesordnung stand auch ein Referat des Konsuls **Mahlstedt** über die Stellungnahme des Centralverbandes zu den neuen Handelsverträgen. Der Redner betonte die Bedeutung der neuen Handelsverträge für den Handelsstand und glaubte, daß der Centralverband trotz seiner bisherigen unpolitischen Haltung Veranlassung nehmen müsse, zu denselben Stellung zu nehmen. Unter eingehender Erörterung der allgemeinen Lage des Handelsstandes kam der Redner zu dem Schluß, daß der Centralverband die Pflicht habe, sich für den Abschluß langfristiger Handelsverträge unter Ablehnung aller von agrarischer Seite erhobenen Forderungen auf Erhöhung der Getreidezölle auszusprechen, denn nur unter diesem Gesichtspunkte werde es gelingen, Deutschlands Industrie und Handel den Schlag an der Sonne zu erhalten, der ihnen von Rechts wegen gebühre. Redner beantragte demgemäß die Annahme folgender **Resolution**:

„Die heute in Eisenach versammelten Vertreter des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender erklären namens ihres mehr als 20000 Mitglieder, über ganz Deutschland verbreitet, daß sie es für dringend notwendig halten, die bisherigen unter den bestehenden Handelsverträgen günstig gestellten Handelsbeziehungen zum Auslande ungestört zu erhalten, sowie daß ferner den Interessen und berechtigten Wünschen des deutschen Mittelstandes in Handel und Gewerbe Rechnung getragen werde bei Erneuerung der Handelsverträge. Sie eruchen daher ihren Vorstand, er möge bei dem hohen Bundesrat und dem hohen Reichstag in geeigneter Weise vorstellig werden und folgende dringende Wünsche vortragen: 1. Bei der Erneuerung der Handelsverträge an der bestehenden bewährten Handelspolitik festzuhalten, insbesondere unter keinen Umständen einer Erhöhung der Zölle auf notwendige Lebensmittel ihre Zustimmung zu geben. 2. Die Handelsverträge auf möglichst lange Dauer zu schließen. 3. Einen Doppeltarif mit festgelegten Minimalgrenzen nicht zuzugehen, vielmehr einen Verhandlungstafel mit nicht zu hohen Zollsätzen zu schaffen, deren Ermäßigung gestattet sein könnte. 4. Als ein erstrebenswertes Ziel anzuerkennen, einen Vorbehalt von Differentialzöllen zu machen für den Fall, daß die Verträge durch Trübsal, Währungsveränderungen, durch Prachtartikler, lokale Steuern usw. umgangen werden.“

Ueber diese Resolution wurde jedoch, nachdem ein Mitglied des Vorstandes in dessen Namen erklärt hatte, daß der Vorstand es im Interesse des Verbandes wegen des unpolitischen Charakters desselben für inopportun halte, zur Frage der Vollpolitik überhaupt Stellung zu nehmen, durch Annahme folgender Erklärung zur Tagesordnung übergegangen:

„Die Generalversammlung hat von den Ausführungen des Konsuls **Mahlstedt** Kenntnis genommen, lehnt es jedoch ab, zu den vollpolitischen Fragen Stellung zu nehmen.“

Die Verurteilung auf den unpolitischen Charakter des Verbandes charakterisiert sich sofort als eine ungeschickte Ausrede, wenn man die übrigen Resolutionen in Betracht zieht, die von der Generalversammlung des um die Wahrung seines unpolitischen Charakters angeblich so besorgten Centralverbandes angenommen wurden. Wir begegnen da einer ganzen Reihe von Forderungen an die gesetzgebenden Körperschaften, die genau so intensiv politischer Natur sind, wie die in der Resolution des Konsuls **Mahlstedt** aufgestellten Forderungen. So z. B. eine Resolution, welche eine mächtige Vesteuerung ausländischer Südstoffe fordert, eine andre, welche sich mit der Besteuerung der Konsumvereine befaßt, eine dritte, die eine Verschärfung des Gesetzes wider den unlauteren Wettbewerb verlangt usw.

Es ist also außer aller Frage, daß der Centralverband keinen Augenblick vor dem Ausstellen politischer Forderungen zurückschreckt, sofern er nur eine Einigkeit innerhalb seiner eigenen Mitglieder voraussetzt. Das politische Lied wird ihm erst dann zu einem leichten Lied, sobald er das Hervortreten politischer Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen befürchtet. Da nun dem Centralverband demütlich auch antimilitärische Elemente angehören, deren Urteil durch die agrarische Propaganda ihrer Führer verwirrt worden ist, ließ man aus Furcht vor einer Auseinandersetzung mit diesen Elementen die Resolution über die Zollfrage einfach unter den Tisch fallen. Eine Kurze, die freilich ganz unverständlich ist, wenn man bedenkt, daß es für einen Vertreter der Kaufmannschaft überhaupt keine wichtigere Frage als die unserer künftigen Vollpolitik geben kann.

Der Verlauf der Eisenacher Generalversammlung ist ein trauriger Beweis für die politische Unfähigkeit des handelsreibenden Mittelstandes, für die wahrhaft lässliche Verfahrenheit dieser Schichten in einer Zeit, wo alles so gebieterisch einen Zusammenschluß gegen die räuberische Politik der Brotwindecker erheischt!

Das arme Reich. In der „Socialen Praxis“ lesen wir: „Wie die „Nat.-Abt. Nov.“ erzählt, soll die **arbeitsstatistische Kommission** erweitert werden. Ob ein Antrag darüber bereits an den nächsten Reichstag gelangen werde, scheint noch nicht festzustellen. Jedenfalls aber habe sich jetzt der Gedanke Bahn gebrochen, daß die **arbeitsstatistische Kommission** gewissermaßen als die Grundlage eines Reichs-Arbeitsamtes zu betrachten und als solche weiter auszubilden sei. Ein Antrag wird nicht an den Reichstag kommen. Das Reichsamt des Innern hat allerdings das Projekt vorgebracht, das Reichsamt aber hat wegen der **ungünstigen Finanzlage Einspruch** erhoben.

Keine Militärangabe ist zu hoch, kein weltpolitisches Abenteuer zu kostspielig, als daß die Finanzlage es hindern könnte. Doch die geistige sozialpolitische Reform, die einen Pappentitel kosten würde im Vergleich zu den Chinamilionen und den Marinemilionen, kann nicht durchgeführt werden, weil das arme Reich zu arm ist. Ein klügeres Zeugnis zugleich für die deutsche Sozialpolitik wie für die deutsche Finanzpolitik ist nicht zu erdenken.

Verurteilung in Zivil-Strafprozessen. Das Urteil in Gumbinnen veranlaßt folgende Äußerung in der „Nat.-Ztg.“:

„In prinzipieller Hinsicht scheint uns der Verlauf des Gumbinner Prozesses sehr schwer gegen die Verurteilung ins Gewicht zu fallen. Von jeher ist von den Gegnern der Verurteilung, die mit uns andre Verbesserungen des jetzigen Strafverfahrens verlangen, auf die Gefahr hingewiesen worden, daß in der Verurteilungssitzung zum Schaden der in der ersten Instanz freigesprochenen Angeklagten Urteile erfolgen können, welche schlechter begründet sind, als diejenigen der ersten Instanz. Ein eloquentes Beispiel dafür wird durch das neue Gumbinner Urteil geliefert.“

Der Fall von Gumbinnen spricht sehr gegen das System des Gerichtsherrn, gegen die Zusammenlegung der Militärgerichte, gegen das ganze heutige Militärstrafverfahren, aber er spricht nicht gegen den hohen Wert der Verurteilung in Strafprozessen. Ein einzelnes bedauerliches Vorkommnis darf überhaupt nicht hindern, eine Forderung aufrecht zu erhalten, deren Verechtigung und Notwendigkeit durch mannigfache Gründe erwiesen ist. Wohl aber läßt sich das Bedenken der „Nat.-Ztg.“ leicht beseitigen, wenn das Recht der Verurteilung nur dem Angeklagten, aber nicht auch der Auflagebehörde eingeräumt wird.

Der Empfang des Sühneprinzen

bereitet der bürgerlichen Presse und vielleicht auch amtlichen Kreisen arge Kopfschmerzen. Man weiß nicht recht, ob man den Prinzen als hohen Gast mit allen Ehren, die seiner Zeit **Übung**-Ehrendienst zu teil geworden, empfangen oder ihn nicht doch ein wenig den Stolz des Siegers fühlen lassen will. Für die Empfangs-ceremonien Rummel ein wird geltend gemacht, daß man sich durch eine Wiederholungsfeier, welche den Sühneprinzen das Deprimierende seiner Mission völlig vergessen lasse, die Gunst und Dankbarkeit des jungen Mannes erwerben werde, der später in seinem Vaterlande möglicherweise eine einflußreiche Rolle zu spielen berufen sein könnte. Diese Dankbarkeit könne demnach nicht nur in politischer, sondern namentlich auch in mercantiler Beziehung für Deutschland reiche Früchte tragen. Dieser etwas sehr verpöchtelnde kommenden Einseitigkeit, daß eine verhältnißlose Haltung China gegenüber, wie sie von allem Anfang an Amerika beobachtete, reichere Früchte tragen werde als die Politik der gepanzerten Faust, steht die Auffassung anderer Blätter gegenüber, daß es sich doch eigentlich nicht mit der Würde Deutschlands verträglich, einen Sühnegesandten der gewaltthätig niedergeworfenen und so schwer gedemütigten Nation, manneche durch Schmeicheleien besprechen zu wollen. So schreibt ein alldisches Blatt:

„In Berlin werden wir ja demnächst den ersten Friedensboten aufstehen sehen. Zu unserem allergrößten Bedauern heißt es aber von ihm: Prinz Tschun werde am 28. d. M. auf der Waidparkation von unserem Kaiserpaar selbst und mit militärischen Ehren empfangen werden.“

Erstens lebt nun aber Prinz Tschun, der eigentliche Mörder des vor kurzem in Bremerhaven und Münster zur letzten Ruhe geleiteten Barons von Ketteler noch ganz munter in der Nähe von Singanfu, und es ist also die von Prinz Tschun zu überbringende Botschaft um Verzeihung nur mit Einschränkungen zu würdigen; zweitens ist Prinz Tschun zwar ein liebenswürdiger, aber für China ziemlich bedeutungsloser junger Mann von 25 Jahren; drittens würde der Chinese es am wenigsten verstehen, wenn nach den drohenden Ratheworten des deutschen Kaisers der Sühneprinz empfangen würde wie ein Souverän, und zwar wie ein befreundeter, noch dazu, bevor er seine Botschaft um Verzeihung ausgesprochen hätte. Wenn sich obige Nachricht bewahrheiten sollte, würden wir mit Bedauern feststellen, daß die Keigung des neuen Kurses zu jähem Wechsel und die Freude am Bruch auch hier an unrichtiger Stelle gewaltet und das politische Erwägen und Maßhalten erblüht haben.“

In der That, der Empfang, der jetzt dem Sühneprinzen gerade von der Macht bereitet werden soll, die dem sinesischen Rationalempfinden die schmerzhaftesten Wunden geschlagen hat, kontrastiert ganz eigenartig zu der Hohe- und Demütigungspolitik, in der sich Wilton und Waldersee während der ganzen China-Affäre nicht genug thun konnten. Der prunkende Empfang, der jetzt für den Sühneprinzen in Aussicht genommen ist, kam von China nicht mehr wie Großmüt — die in einem ganz andern Stadium hätte geübt werden müssen — angelegt werden, sondern nur als eine verspätete Entschuldigung für frühere Unbesonnenheiten.

Wie eine Korrespondenz meldet, soll der Sühneprinz samt Gefolge und Ehrenbegleitung in **maximaler Umzuga** vom Potsdamer Bahnhof durch die Straßen Berlins bis zum Schloß geführt werden. Ueber den Bau von Ehrenportalen lägen noch keine Verfügungen getroffen zu sein.

Die eine Stimme. Zur Frage der Neubewaffnung der deutschen Artillerie macht die „Frankfurter Ztg.“ folgende Bemerkungen: Als es sich vor vier Jahren um die Bestimmung des neuen Geschützmodells handelte, da wurde von den Anhängern desselben nicht das als das vollkommenste empfahlene gewählt, sondern ein erheblich weniger vollkommenes. Anfangs war zwar die überwiegende Mehrheit für das vollkommenste Modell; dann aber wurde von einer Seite eingewandt, dies Modell sei zu kompliziert, und es sei zu befürchten, daß es sich im Felde nicht bewähren, sondern leicht unbrauchbar werden könne. Diese eine Stimme hat nach und nach alle übrigen zu sich hinübergezogen, da niemand nach Erhebung dieses Bedenkens die Verantwortlichkeit übernehmen wollte, und deshalb wurde das einfachste und am wenigsten vollkommene Modell gewählt.

Es wäre doch sehr interessant, Genaueres über die „eine Stimme“ zu erfahren, deren Sachverständigen allen übrigen Sachverständigen derart imponierte, daß sie sich trotz ihrer früheren Urteilsabgabe zur Auffassung dieses Einzigen bekehrten und sich für die Einführung eines Geschützes erklärten, dessen Minderwertigkeit bereits jetzt nach vier Jahren eine abermalige Neubewaffnung der Artillerie notwendig machen soll!

Das humane Kleinfaldrige. Die Legende von dem humanen Geschütz der kleinfaldrigen Gewehre wird wieder einmal in Umlauf gesetzt. So rühmt dieselben in der „Deutschen militärischen Zeitschrift“ der Marinekassars Dr. Schlick in einer Mitteilung über kriegstechnische Erfahrungen im chinesischen Feldzug. Bei Verwundungen der Brust- und Bauchhöhle durch das neue Kleinfaldrige Gewehr ermöglichen die kleinen Ein- und Ausstrichöffnungen und die hierdurch erschwerte Luftschwingung sekundärer Entzündungen sowie die geringere Verletzung der Gewebe durch das kleine Geschöß, daß selbst die schweren Verletzungen der Lunge und der Leber in kurzer Zeit reaktionslos heilen konnten. Stadtbarg Dr. Schlick stimmt auf Grund seiner Erfahrungen der

Kußt Habart zu, daß der Wert des neuen Geschosses im Vergleich zu dem alten in erster Linie in der Abnahme der Explosionswirkung des Mantelgeschosses bestehe, und daß erstere auf große Entfernung, 1200 bis 2000 Meter, überhaupt keine erheblichen Zerstörungen mehr anrichte.

Diese Beobachtungen auf die Humanisierung des modernen Krieges durch das Kleinkalibrige Gewehr dürfen nur mit größter Skepsis aufgenommen werden. Daß bei einer Geschosslänge von 1200—2000 Meter Explosionswirkungen der Geschosse nur selten beobachtet worden seien, stimmt allerdings mit den bisherigen Beobachtungen überein. In dieser Zone konnten früher allerdings ebenfalls keine explosiven Geschosswirkungen beobachtet werden, weil die früheren Gewehre auf eine solche Entfernung überhaupt nicht trugen. Wohl aber haben zahlreiche Schießversuche ergeben, daß die Geschosse sowohl in einer geringeren als auch der entfernteren Geschosslänge sehr bössartige Wirkungen hervorbringen pflegen, und zwar gerade durch ihre unter diesen Umständen beobachtete furchtbare explosive Wirkung, die die Gefäße bersten und die Knochen zersplittern läßt. Sowohl beim Beginn des Feuergefechts, das bei der Tragweite des Kleinkalibrigen schon aus einer Entfernung von circa 4000 Metern eröffnet werden kann, als namentlich bei einem Sturz auf feindliche Schützengräben und Verschanzungen — und die denselben Militärs verheerlichen ja trotz der Erfahrungen des Vorentrieges noch immer die feindlich-fürbliche Offensive — würden also die Verwundungen jedenfalls einen nichts weniger als humanen Charakter tragen.

Webrigens ist es bei der so gerühmten Humanität des Kleinkalibrigen doppelt verwunderlich, daß man niemals etwas von chinesischen Verwundeten gehört hat! —

Der Rücktritt des Fürsten zu Wied von dem Präsidium des Deutschen Flotten-Vereins und sein Ausscheiden aus dem Gesamtvorstand hängt nach der „Nat.-Sta.“ mit den unlichamen Erfahrungen zusammen, die der Fürst während der Dauer seines Amtes in finanzieller Beziehung machen mußte. Er soll einen Betrag von 180 000 M. geopfert haben, um dem Flotten-Verein über die Folgen einer ganz unverständlichen finanziellen Gebahrung hinwegzuhelfen.

Industrialisierung und Militärtauglichkeit. Die nach dem Vromacher scheidenden Agrarier stellen bekanntlich neben sonstigen ledigen Behauptungen auch den angeblich statistisch bewiesenen Satz auf, daß die fortschreitende Industrialisierung des Landes auch die fortschreitende militärische Wehrlosmachung desselben bedeute und daß deshalb eine noch weitere Verschiebung der Bevölkerungsziffer zu Ungunsten der Landwirtschaft zum nationalen Vorkort führe. Namentlich seitdem Brentano auf Grund seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangt war, daß die industrielle Bevölkerung eine prozentual stärkere Zahl von Rekruten stelle, als die Landwirtschaft, hat die agrarische „Wissenschaft“ alles auf, um durch statistische Redensarten das Gegenteil zu beweisen. Nun ist, wie die „Nat.-Sta.“ mitteilt, Brentano in dem württembergischen Sanitätsrat Dr. Eiben ein Bundesgenosse erkunden. Eiben hat in den württembergischen „Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde“ das Problem hinsichtlich seiner Heimat untersucht und sich dahin ausgesprochen, daß man am besten vom Geburtsort des Rekruten ausgehen werde, nicht vom Aufenthaltsort des Vaters oder vom eignen Beruf, da dieser oft erst nach der Militärzeit endgültig gewählt werde. Eiben hat nun festgestellt, daß von 1889—98 unter 100 Vorgesetzten militärisch befunden wurden: im Donaukreis 54 Proz., im Neckar- und Schwarzwaldkreis 50 Proz., im Jagstkreis 49 Proz. Letzterer Kreis ist allmählich von der dritten Stelle durch den Schwarzwaldkreis an die vierte gedrängt worden. Die landwirtschaftliche Bevölkerung beträgt im Jagstkreis 68 Proz., im Donaukreis 61 Proz., im Schwarzwaldkreis 58 Proz., im Neckar- und Jagstkreis 50 Proz. Daraus folgt, daß der ganz überwiegend bäuerliche Jagstkreis gleichwohl am wenigsten militärtauglich liefert; er wird von dem Neckar- und Schwarzwaldkreis an die vierte gedrängt. Das günstigste Ergebnis zeigt der Donaukreis, der aber auch die günstigsten bäuerlichen Verhältnisse aufweist. Eiben kommt zu dem Schluß, daß Brentanos Ansicht durch die württembergischen Verhältnisse nicht widerlegt wird.

Neue blühenden Kolonien. Im „Samb. Korresp.“ lesen wir: Die Londoner „Finanz-Chronik“, ein leineweis der deutschen Kolonialpolitik feindseliges Organ, bringt Artikel unter der Rubrik „Unter drei Flaggen“; dort findet man betreffs Deutsch-Ostafrikas die folgenden der Beachtung zu empfehlenden Ausführungen: „Was der Besucher in den ersten Stunden nach seiner Landung zu fühlen bekommt und was in der Tat den ersten Eindruck bildet, das ist die dumpfe bleierne Schwere des Beamten-tums, die über der Stadt gebreitet liegt, und weiter die Abwesenheit des geschäftlichen, Wohlstand atmenden Lebens, das uns in Sanibar und Rombaha entgegentritt. Den letzten amtlichen Angaben nach beträgt die weiße Bevölkerung Deutsch-Ostafrikas 1100 Personen. Davon sind 240 Civilbeamte, 172 Militärbeamte und Offiziere, 200 im Dienste von Missionen. Das läßt für das ganze ungeheure Gebiet 500 Personen übrig, die dem Handel, Landbau und überhaupt einer produktiven Tätigkeit obliegen, und von diesen sind 300 Ausländer, das heißt nichtdeutsche Reichsangehörige! Von der gesamten weißen Bevölkerung Ostafrikas, die 1100 Personen beträgt, zählen demnach die Deutschen in ihren eignen ostafrikanischen Kolonien nicht mehr als 820. Von diesen 820 sind an 400, also rund die Hälfte, Beamte, Offiziere und Polizisten, 100 Missionare, 150 Frauen und Kinder und nur die erübrigenden 150 sind als Kaufleute, Handwerker, Geschäftsleute und Pfleger für die Entwicklung dieser Kolonien tätig. Für den unparteilichen Beobachter reden diese Ziffern eine nicht mißzuverstehende Sprache und sollten in jenen maßgebenden Kreisen Beachtung finden, denen davon gelegen ist, über die bestehenden Verhältnisse vollständig unterrichtet zu sein. Da ist bestimmt etwas faul in einer Kolonie, wenn einem Drittel ihrer weißen Bevölkerung Beamtengehälter gezahlt werden müssen, um die Verwaltung im Gange zu erhalten.“

Die Unfehlbarkeit des Papstes in katholischer Prebendierung.

Der langwierige, an mannigfachen Zwischenfällen reiche Handel in der Reichsbesetzung des seit mehr als zwei Jahren verwaisenen Nezer Bischofsstuhls ist zwischen der kaiserlichen Regierung und der römischen Kurie nun endlich definitiv zum Abschluß gekommen. Die erstere hat ihren Vorschlag, den Prälaten Born von Sulza, einen Bruder des reichsständischen Landwirtschaftsministers, zum Bischof von Neuz zu ernennen, insolge des energischen Einspruchs der päpstlichen Kurie zurückgezogen und von dieser dagegen die Konzeption eingelaßt, daß Born von Sulza zum Bischof von Straßburg ernannt werde. Der bisherige Inhaber dieses letzteren Amtes, Dr. Marbach, hat seiner infolge dessen nötig gewordenen Vernehmung nach Neuz jedoch keine Folge geleistet, sich vielmehr ins Privatleben zurückgezogen.

Der Ausgang dieser Nezer Bischofskrise hat nun bei einem Teile der kirchlichen Presse des Reichslandes den Glauben an die Autorität und Unfehlbarkeit des heiligen Vaters bedenklich ins Wanken gebracht. Der von dem eckstättischen Merikalen Reichstags-Abgeordneten Gauß geleitete „Volksbote“ zieht in einer Reihe gebarnisierter Entwürfsartikel gegen den „alten, schwächlichen, konzeptionslustigen Papst“ zu Felde, dem er in unerbittlicher Form den Vorwurf macht, unter dem Druck der deutschen Regierung die Interessen der Kirche preisgegeben zu haben. Eine katholisch-frommgläubige Seele holt in dem Blatt gar zu dem folgenden, für das derzeitige Oberhaupt der „alleinseligmachenden Kirche“ wenig schmeichelhaften historischen Vergleiche aus:

„Ich weiß nur ein Mittel, bei den Ereignissen der letzten Wochen die Empörung, den Ueberdruß, den Unmut, ja den Ekel nicht allzu sehr in sich überhand nehmen zu lassen; man nehme eine Geschichte der katholischen Kirche zur Hand und

durchlese die Zeiten eines Augustinus, eines Basilus, eines Athanasius, eines Hilarius, und wie diese Helden von Bischöfen alle heißen. Das waren Zeiten! Das waren Männer! Damals hatte noch nicht die Politik, der Bureaucratismus, das kluge Nachgeben und das verzwickte Kombinieren die Willen entwertet und die Widerstandsfähigkeit gelähmt; damals konnte die Kirche, noch den Weisungen ihres göttlichen Stifters, ihre heilsame Wirksamkeit unbegrenzt ausüben; damals aber auch — und das erklärt vieles — stand hinter der geistlichen Obrigkeit ein tief gläubiges, monnhaftes, stolzes und unabhängiges katholisches Volk. Damals hätte keine weltliche Macht einen Marbach vom Bischofs-throne gestohlen; es hätte sich aber auch niemand gefunden, den mit Gewalt für ihn frei gemachten Bischofsstuhl zu besetzen.“

Die erwähnte Abmachung zwischen Berlin und Rom wird dann ein „kirchopolitisches Handelsgeschäft“ genannt, das „einer schallenden Ohrfeige gleichkommt ins Antlitz des katholischen Volkes unter Ekstas.“

Es ist wahrhaftig kein Wunder, wenn es demjenigen Teile der kirchlichen Presse, der in die Geheimnisse der kirchlichen Diplomatie etwas besser eingeweiht ist, angeht, derartige temperamentvoller Ausfälle der „gutgeleiteten“ Blätter gegen den heiligen Vater und seine Mitgeber wegen der bedenklichen Wirkung zu grauen beginnt, die jene auf die in frommem Autoritätsglauben befangenen Schäflein ausüben muß.

Wie jetzt — so erhebt z. B. der dem verstorbenen Straßburger Merikalen Reichstags-Abgeordneten Dr. Müller-Simonis nahe- stehende „Eckstätt“ seine warnende Stimme — hat man uns immer das Prinzip der Autorität eingepfropft. Wenn nun der Papst durch die Verhältnisse gezwungen ist, uns einen andern Weibsbischof zu senden, der, wie wollen sagen, sogar vielen nicht gefallen mag, was da thun? Sollen wir appellieren von dem schlecht informierten an den besser informierten Papst? Kann man aber annehmen, daß — nach so langen Verhandlungen — der hl. Vater uns einen andern Weibsbischof leichten Herzens schickt, wenn er „betrübteten Herzen“ den Weibsbischof Dr. Marbach um seinen Rücktritt angeht? Woher soll das fahren, wenn die Autorität des Papstes in solcher Weise beanstandet wird, wenn die Sache so hingestellt wird, als wäre seine Regierung schon „zu reich an Konzeptionen“ an die Staatsgewalt? ... Wir halten es für ein verhängnisvolles, ja beinahe freventliches Spiel, einen tadellosen Priester, den der hl. Vater in seine Diplomatie eingestellt hat und würdig findet, das Amt eines Nuntius zu bekleiden, von vornherein, ohne die Motive zu kennen, die sein Verhalten bestimmen, der Mißachtung des katholischen Volkes zu überliefern auf die Gefahr hin, denselben kurz nachher als Oberhirten der Verehrung desselben Volkes empfehlen zu müssen.“

Inzwischen hat die liberale „Straßburger Post“ in einer offiziellen Berliner Vertretung festgestellt, daß die ganze Regelung der schwebenden Fragen im völligen Einverständnis mit der päpstlichen Kurie erfolgt ist, und daß von einer Vergewaltigung des Vatikans durch die Berliner Regierung nicht die Rede sein könne. Das wäre also die amtliche Behauptung der Befürwortungen des „Volksboten“, und die Wassertrichter unter den kirchlichen Vorgesetzten des Reichslandes werden es deshalb auch fernerhin erst recht als ihre Pflicht erachten, die katholische Christenheit gegen den „alten, schwächlichen und konzeptionslustigen Papst“ scharf zu machen. —

Ausland.

Schweiz.

Ein Landesprotest der schweizerischen Arbeiter gegen die Reaktion.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die in der alten demokratischen, aber nicht sozialen, sondern kapitalistischen Republik seit ca. 15 Jahren immer freudiger ihr Haupt erhebende Reaktion, die einen Schlag nach dem andern gegen die Arbeiterbewegung führt und so ihre Fortentwicklung nicht weniger hemmt, wie die brutale Reaktion in den alten Monarchien, und die auch nicht weniger Opfer an Existenz, an persönlicher Freiheit, an Lebens- und Familienglück der Klassenbewußten, organisierten und kämpfenden Genossen fordert, hat endlich zu einem Gefühl der Empörung in weiten Kreisen der Arbeiter geführt und den Gedanken gereift, einen energischen, im ganzen Lande wiederhallenden Protest dagegen zu erlassen. Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat sich mit der Arbeiterunion Bern zur Veranstaltung einer großen Protestversammlung mit Demonstrationen in Verbindung gesetzt und ist nun der nächste Sonntag hierfür bestimmt worden. Zu der „Arbeiterstimme“ erläßt das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes folgenden bezüglichen Aufruf:

Genossen, Genossinnen aller Orient! Rast Euch aus! Die Reaktion feiert in der Schweiz ihre Orgien. Ueberall legt man den Vorkunditionen und willkürlichen Arbeiterentlassungen. Unsere besten Genossen werden aus Lohn und Brot gejagt und durch schwarze Listen in Acht und Bann gethan. Die Gewerkschaften zu sprengen gesucht. Uzwil, Simplan, Yverne, Einsiedeln, Rorschach usw. sind warnende Beispiele. Das Ausbeutertum sucht sich vielfach mit Erfolg Gemeindegeld- und Staatsbehörden dienstbar zu machen, solange unsere Wehrmänner werden dazu mißbraucht, dem Kapital Handlangerdienste zu leisten. Wollt Ihr so lange warten, bis Euch das Fell über die Ohren gezogen wird? Von einem Ende der Schweiz bis zum andern muß der Ruf ergehen: Bis hierher und nicht weiter! Fordert Eure Vertreter in den Behörden in erster Linie auf, voranzugehen! Tüchtige Referenten werden sich finden lassen. ...

In einem weiteren Artikel der „Arbeiterstimme“ wird zur Sache ausgeführt: Die schmachlichsten Gefesedensetzungen und Brutalitäten konnten nicht allein gegen die Arbeiter von den Unternehmern ungehindert begangen werden. Auch kantonale und Gemeindebehörden haben sich in den Dienst des Unternehmertums gestellt, um die um ihre verfassungsmäßigen Rechte ringenden Arbeiter zu unterdrücken. Der Regierungspräsident in Naters (Kanton Wallis) begründete sogar sein ungeschickliches Vorgehen damit, daß er sich auf den Bundesrat berief.

Anstatt den Unterdrückten und Schwachen ihren Beistand zu leisten, ist die hohe Obrigkeit sofort bereit, mit Polizeigewalt und selbst mit unren Schweizerrischen Wehrmännern dem Kapital zu Hilfe zu kommen, wenn irgend ein größerer Ausstand droht. Was in Uzwil und Umgebung, am Simplan, in Einsiedeln, in Yverne, in der letzten Zeit geschah, kann sich morgen an andern Orten wiederholen.

Es gilt für die Arbeiterschaft, die Ehre unserer Eidgenossenschaft zu retten, indem wir dagegen protestieren, daß unsere Wehrmännern zugemutet wurde und für die Zukunft zugemutet werde, dem Kapital Handlangerdienste zu leisten, es gilt zu verhindern, daß sich Vorkänge, wie am Simplan und in Uzwil, Flawil, Einsiedeln wiederholen.

Es gilt auch zu protestieren gegen die Willkürlichkeit unseres hohen Bundesrats gegenüber den ausländischen Regierungen; ein neuestes Beispiel hierfür ist die Ausweisung des Jungtürken Jabri.

Wenn wir uns nicht aufraffen, so wird von einem Vereins- und Versammlungsrecht in der Schweiz bald keine Rede mehr sein, werden unsere Gewerkschaften eine nach der andern vernichtet, wird zuletzt die russische Armee in Fabriken und Werkstätten über die Arbeiter laufen, werden die besten Kämpfer für die Sache der Arbeiterschaft in den Gefängnissen oder den Landstrafen verkommen und verderben, werden die Familien unserer für eine bessere Existenz ringenden Genossen verhungern müssen. ...

Das Programm für die Demonstration ist von der Berner Arbeiterunion folgendermaßen festgesetzt worden: Vormittags 9 Uhr Versammlung der verschiedenen Centralkomitees und Referenten im Volkshaus, 11 Uhr gemeinsames Mittagessen, 12 Uhr Aufstellung

des Demonstrationenzuges und Marsch durch die Straßen der Stadt auf den Waisenhausplatz, wo die vorgezeichneten Reden gehalten werden.

Es ist traurig weit gekommen unter der Herrschaft der rabulösen Geldsacks- und Unternehmerpartei, daß die Klassenbewußten Arbeiter sich zu einer solchen Massen-Protestkundgebung entschließen mußten und daß die Berner Arbeiterunion in ihrer öffentlichen Einladung erklären muß: „Wenn diese friedliche Mahnung keine Wirkung erzielen sollte, dann mögen die Herren die Folgen auf ihr Haupt nehmen.“ Zu hoffen ist, daß die Protestkundgebung wirklich imponant und eindrucksvoll sich gestaltet und daß sie nicht nur auf die Behörden und Unternehmer, sondern auch auf die faulen Elemente der Arbeiterklasse, die nach Hunderttausenden zählen und die sich um nichts kümmern, von nachhaltiger Wirkung ist. —

Amerika.

Die Kriegserklärung gegen Kolumbien hat nach einem New Yorker Telegramm Präsident Casiro beschlossen. Der Präsident rechtfertigt diesen Schritt damit, daß der kolumbische Kriegsminister mit Truppen in das Gebiet von Venezuela eingedrungen sei. Letzterer weist dagegen diese Behauptung in einem Telegramm energisch zurück und versichert, die Truppen, welche die Grenze überschritten hätten, seien venezolanische Infanterganten gewesen, welche sich unter dem Befehle des Insurgentenführers Garbica befunden hätten.

Ueber die Haltung der „Vereinigten Staaten“ meldet ein Laffon-Telegramm aus New York vom 22. August: Staatssekretär Hay, der den Präsidenten Mac Kinley in Canton besucht hat, sagte bei seiner Abreise gestern abend, daß diesem Besuche keine besondere politische Bedeutung beizumessen sei. Mit Beziehung auf Panama erklärte Hr. Hay, Amerika verfolge dort bloß seine traditionelle Politik und er glaube nicht, daß eine Veranlassung zum Einschreiten sich darbieten werde; Kolumbia zeige sich im Stande und willens, seine Rechte zu wahren wie alle anderen Nationen. Er charakterisierte als Unstun die Pariser Redungen, wonach Amerika auf eine Gelegenheit warte, um sich des Isthmus und des teilweise fertig gestellten Kanals zu bemächtigen. Dies sei nicht die Art Amerikas; es werde nur seine bestehenden Rechte schützen. —

Der Boeren-Krieg.

Der Aufstand der Kapkolonisten.

Haag, 21. August. Ein Mitarbeiter eines Berliner Blattes befragte den Haager Vertreter des Orange-Freistants, Dr. Hendrik Muller, über den augenblicklichen Zustand in der Kapkolonie und erhielt folgende Antwort:

„Die treffen es gerade glücklich, denn soeben habe ich von vertrauenswerter Seite aus Südafrika einen Bericht erhalten, der selbst meine Erwartungen übersteigt. Wie mir nämlich mitgeteilt wird, haben elf- bis zwölftausend Kapkolonisten die Waffen ergriffen. Mein Berichterstatter schreibt mir ferner: Der Zustand wird hier sehr kritisch. Die Engländer sind ratlos. Sie halten alle Berichte auf, damit diese nicht die Kapkolonie erreichen. Dasjenige, was man dort hört, ist lauter Lüge. Die ganze englische Politik wird hier bald zusammenbrechen und England selbst hier verdrängen.“

Kriegsrat der Boeren.

„Daily Mail“ berichtet aus Brüssel: Unter dem Vorsitz Schall Burchers wird im westlichen Transvaal ein Kriegs-rat abgehalten werden. In demselben soll über Maßregeln zur Vereitelung der Wirkung der Proklamation Richards beraten werden. —

Nach einer englischen Meldung aus Bloemfontein sind die Boeren durch die Proklamation Richards günstig beeinflusst worden (1), aber ihre Führer bedrohen jeden mit dem Tode, welcher zur Uebernachung der Proklamation beiträgt. Lieutenant Evans brachte die Proklamation unter Deckung einer weißen Fahne dem Kommandanten Marau, dieser beschlagnahmte Wagen und Pferde und schickte den Offizier zu Fuß zurück. Lieutenant Porter, welcher mit denselben Auftrage an den Kommandanten Herzog entsandt worden war, wurde sogar seiner Uniform entkleidet nach dem Lager zurückgeschickt. (2)

Ueberfall eines Boerenlagers.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Smaldeal vom 21. August gemeldet: Vor einigen Tagen überfielen Oberst Starler und Major Pinecoffin das Kommando Haasbrock bei Doornberg. Sieben Boeren wurden getötet, zwei verwundet, 21 gefangen genommen.

Partei-Nachrichten.

Vom Parteitag in Thüringen tragen wir nach den ausführlichen Berichten in der Erfurter „Zeitung“ noch folgendes nach: Der Abmienenstand der Partei ist nach den Bekundungen der Preßkommission im Berichtsjahre um 542 gestiegen. Die Einnahmen für Agerate weisen eine Steigerung von 4200 M. auf und für Druckarbeiten wurden 1200 M. mehr vereinnahmt. Demgegenüber steht ein sehr hohes Konto für Prozeßkosten, das die Summe von 5000 M. erreicht. An Strafen wurden im Berichtsjahre 13 Monate, 8 Wochen Gefängnis und 200 M. Geldstrafe verhängt. Vom Parteivorstand wurde ein Zuschuß von 500 M. gewährt.

Nach einer längeren Besprechung über die Haltung der „Zeitung“, gelangte folgende Resolution mit 19 gegen 12 Stimmen zur Annahme:

Die heutige Sitzung des Thüringer Parteitags — Verbreitungsbezirk der „Zeitung“ — erklärt sich mit der prinzipiellen redaktionellen Haltung der „Zeitung“ einverstanden, doch wünscht dieselbe, daß die Polemik zwischen Parteiblättern nicht immer in der schärfsten Tonart geführt wird.

Dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses ist zu entnehmen, daß die Auflage des Kalenders sich in diesem Nachen befindet. Für das Jahr 1902 wurden 82 000 Exemplare gedruckt, während 1900 die Auflage nur 41 000 und 1901 70 000 betrug. Der Massenabsatz weist eine Einnahme von 1283,57 M. und eine Ausgabe von 1059,89 M. auf. Die Beiträge, die im Verhältnis zur Zahl der abgegebenen Stimmen prozentual verteilt waren, gingen leider nicht in der vorgeschriebenen Höhe ein. Zum Vorort für die Agitationskommission wurde Erfurt wieder bestimmt und gelangte sodann nach Besprechung des Berichts folgende Resolution zur Annahme:

Der Thüringer Parteitag — als erwählte Vertretung der Klassenbewußten Arbeiterschaft Thüringens — protestiert auf das energische gegen den politarisierenden Gesellschaf-Entwurf, wie er von der Regierung veröffentlicht ist. Der Parteitag erklärt in diesem Politaris, wenn er Geseß würde, eine unerbötliche gewaltige Niederdrückung der Lebenshaltung des Volkes auf Kosten einiger Großgrundbesitzer und Großkapitalisten. Der Parteitag fordert den Reichstag auf, diesen Entwurf im ganzen abzulehnen und an der bisherigen Handelsvertragspolitik festzuhalten.

Die Resolution wird dem Reichstag übermittle werden. Die Erfurter „Zeitung“ ist ungehalten, daß wir uns bisher mit einer kurzen Mitteilung über den Parteitag begnügten. Ihre Kollation war übereilt und unbedarft, wir konnten den Nachtrag erst bringen, nachdem wir den vollständigen Bericht der „Zeitung“ zur Hand hatten. Die vorher zum Abdruck gebrachte Notiz war uns von einem Delegierten übermittelt, deshalb erschien sie früher.

Die Magister Polizeiverwaltung giebt den Kampf nicht auf. Unsere Magister Genossen haben vor einem Jahre für die dortige Parteizelle des Verbandes der Fabrik-, Hand- und Landarbeiter Deutschlands ein Versammlungslokal eingerichtet. Die Magister Polizeiverwaltung gestattete aber das Abhalten von Versammlungen

In dem Lokale nicht. Gründe gab sie nicht an. Die dortigen Genossen beschritten den instanzmässigen Beschwerdeweg. Wandten sich also zunächst an den Landrat. Dieser teilte nach etwa 2 Monaten dem Beschwerdeführer mit, daß die Beschwerde unbegründet sei. Die Gründe für das Verbot gab er, trotzdem in der Beschwerde darum ersucht wurde, nicht an. Die Antwort auf die darauf erfolgte Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten ließ etwa vier Monate auf sich warten und hatte denselben Wortlaut. Den Genossen wurde immer noch nicht mitgeteilt, welche polizeilichen Vorschriften sie wohl zu erfüllen hätten. Endlich nach etwa 4 dreimonatigen Jahren wurden den Genossen auf die letzte Beschwerde an den Minister des Innern die Gründe für das Verbot mitgeteilt. Es sollten einige geringfügige bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Es wurde nun in dem Lokale alles genau so abgeändert, wie es die Regierung in dem Bescheid verlangte. Dann wurde eine Versammlung zum 11. d. M. angemeldet. Wieder wurde die Genehmigung verweigert. Eine zweite Versammlung, die am Sonntag darauf einberufen wurde, teilte das selbe Schicksal. In dem Bescheid der Polizeiverwaltung heißt es, der Raum, in dem die Versammlung abgehalten werde, entspreche nicht den polizeilichen Vorschriften. Welche Vorschriften jetzt noch nicht erfüllt sein sollen, wurde wieder nicht gesagt. Unsere Genossen müssen versuchen, wieder auf dem Beschwerdeweg hinter das Gekörnte zu kommen.

Socialismus in Kanada. Die „International Socialist Review“ (Chicago) bringt einen Artikel über die Anfänge einer sozialistischen Bewegung in Kanada, dem wir folgendes entnehmen: Obgleich im Parlament noch keine sozialistischen Abgeordneten sitzen, gibt es doch einige fortschrittliche Abgeordnete der alten kapitalistischen Parteien, welche sich in den parlamentarischen Debatten den Namen Socialist beigelegt haben und bis zu einem gewissen Grade sozialistische Forderungen vertreten. Den ersten Anstoß zu einer sozialistischen Bewegung gab Bellamy's „Kiddia“; einige Nationalclubs wurden gegründet. Vor diesem waren die Arbeiter durch die politische Bewegung der „Mitter der Arbeit“ ausgerüstet worden; eine Anzahl Blätter wurden gegründet, die aber bald wegen Mangel an Unterstützung wieder eingingen. Im Jahre 1894 wurden in den größeren Städten Sektionen der „Socialistischen Arbeiterpartei“ gegründet und „The Cause of Labour“, ein monatliches Flugblatt, herausgegeben. Seit 1899 besteht die „Socialistische Liga“, welche jetzt etwa 17 Zweigvereine besitzt und die in nächster Zeit einen besoldeten Organisations- und Agitator anstellen will. Die Partei beteiligt sich an den Wahlen zu den Gemeindevertretungen sowie zu den gesetzgebenden Körperschaften; in einzelnen Provinzialparlamenten sind schon einige Socialisten vertreten; auch sind mit Hilfe der Gewerksvereine bereits eine Anzahl sozialistischer Gemeindevertreter gewählt. Das Centralorgan der Partei ist der „Citizen and Country“, ein in Toronto erscheinendes Wochenblatt; außerdem existieren noch ein Anzahl Blätter, welche sich der Arbeiterfrage widmen. Auch zur Genossenschaftsbewegung sind einige Ansätze vorhanden. Im ganzen, so schließt der Bericht, sei für die Socialisten Canadas alle Ursache, hoffnungsfreudig in die Zukunft zu blicken.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Der Beleidigung durch die Presse** war der Redacteur der „Erfurter Tribüne“, Genosse Hennig, angeklagt. Neben ihm mußte der Verfasser des in Frage kommenden Artikels, Fabrikarbeiter Stieber aus Sangerhausen, der sich freiwillig entgegen dem Wunsche Hennigs als Einseiner genannt hatte, vor Gericht erscheinen. Es handelte sich um eine in der „Tribüne“ vom 5. April d. J. gebrachte Notiz aus Sangerhausen, in welcher die Einberufung einer Versammlung, in der der Kampf gegen die Unbilllichkeit erstrebt werden sollte, glockt war. Wörtlich wurde darin angeführt: „Wie es ja mit Recht zu erwarten war, wurden vom Komitee nur solche Herren um ihre Unterschrift zwecks Förderung der „guten Sache“ gebeten, die in ständiger Beziehung thätig und mäßig dastehen. Es ist da wenigstens das abstoßend komödiantenhafte, wie es dem Einseiner von anderswo bekannt ist, wohlweislich vermieden.“ Dann folgten unter Nennung der Anfangsbuchstaben der betreffenden Namen, eine Reihe Andeutungen, nach welchen es anderswo nicht immer so gehandhabt sein soll. Schließlich war noch der Ausspruch der Flora W. in Komödiantenleid (Ihr ja alle“, beigelegt. Durch diese Notiz fühlten sich der Gymnasialdirektor Dannehl und eine Anzahl Sangerhäuser Geisteskräfte beleidigt und stellten Strafantrag. Der Erstere trat auch als Nebenkläger dem Verfahren bei. Das Gericht nahm an, daß mit den Andeutungen die Unterzeichner der Einladung zur Versammlung gemeint seien und sprach beide Angeklagte der Beleidigung schuldig. Hennig wurde zu zwei Monaten und Stieber zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Staatsanwalt hatte nur die Kleinigkeit von neun Monaten gegen Hennig und sechs Monaten Gefängnis gegen Stieber beantragt.

— **Drei Monate Gefängnis verbüßt** hat unser Genosse Reichs-tags-Abgeordneter Adolf Thiele, der am 17. August das Gefängnis in Halle verlassen hat. Die Strafe zog er sich wegen Beleidigung einiger Kriegervereine in der letzten Wahlkampagne zu.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Aus Nordhausen geht uns die Mitteilung zu, daß die An- sammlungen, die, wie wir schon gestern berichteten, beim Transport der Streikbrecher von der Fabrik nach dem Bahnhof stattfinden, sich an jedem Abend wiederholen und noch an Ausdehnung zugenommen haben. Es ist dabei auch zu bedauerlichen Ausbrüchen gekommen, bei denen die Polizisten und Gendarmen von der Waffe Gebrauch machten. Welche besonderen Umstände die Veranlassung zum bewaffneten Einschreiten der Beamten gegeben haben, konnten wir noch nicht erfahren. So viel aber ist sicher, daß die ausständigen Tabalarbeiter an den Straßenszenen nicht beteiligt sind, denn sie befanden sich zur selben Zeit, ihrem Beschlusse gemäß, im Versammlungsorte in einer Anzahl von etwa 700 Personen. Trotzdem macht, wie uns berichtet wird, die freisinnige „Nordhäuser Zeitung“ den Versuch, die tumultuösen Ausbrüche auf das Konto der Streikenden zu setzen.

Die streikenden Kresfelder Sammetmacher haben das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. — Das Streikposten- stehen, obwohl gesetzlich gestattet, ist durch die Maßnahmen der Polizei in Kresfeld fast zur Unmöglichkeit geworden. Jeder Streikende, der sich in der Nähe einer Fabrik sehen läßt, und sich auf die Auf- forderung eines Polizeibeamten nicht sofort entfernt, wird zur Anzeige gebracht und erhält ein Strafmandat über 30 M. Am Mittwoch sind mehrere Streikende, welche im Begriffe waren, Flugblätter zu verteilen, verhaftet worden. Wie man sieht, läßt es auch die Kresfelder Polizei an Schnelligkeit gegenüber den Streikenden nicht fehlen.

Bei dem Streik der Hamburger Kupferschmiede steht be- kanntlich auch die Frage des Arbeitsnachweises im Vordergrund. Während die Arbeitgeber ihren eigenen, oft zu Mahngelungen benutzten Nachweis ausschließlich gelten lassen wollen, während die Arbeiter, eben wegen der ähnen Erfahrungen mit dem genannten Nachweis, die Anerkennung ihres eignen, oder doch eines paritätischen Arbeitsnachweises fordern. Um den Unternehmern zu zeigen, daß diese Forderung keine ungerechte ist, hat die Lohnkommission der Kupferschmiede einer kürzlich abgehaltenen Arbeitgeber-Versammlung das Reglement des Arbeitsnachweises der letzteren überreicht und die Versammlung ersucht, darüber Beschluß zu fassen, ob die Arbeitgeber mit den Vertretern der Arbeiter in Unterhandlung treten wollen. Welche Stellung die Versammlung zu dem Schreiben der Lohn- kommission genommen hat, ist noch nicht bekannt.

Die Zimmerer in Köln stehen bekanntlich schon seit längerer Zeit im Streik. Kürzlich hatten sie das Gewerbeamt um Ver- mittelung ersucht, die Jimnung hat aber abgelehnt, vor dem Einigungs- amt zu verhandeln. Darauf haben persönliche Verhandlungen zwischen Vertretern beider Parteien stattgefunden, ein Resultat kam jedoch nicht zu stande.

Ausland.

Aus den belgischen Kohlenbergwerken. Obgleich der Preis der Kohlen sich immer noch auf der bisherigen Höhe hält, haben die Unternehmer in mehreren Kohlenrevieren Belgiens Lohnüberabsetzungen von 30–50 Centimes pro Tag vorgenommen. Die Vergleute haben für den 29. September einen Nationalkongress einberufen, auf welchem über die Lohnreduktion, sowie über die Forderung des Achtstundentages verhandelt werden soll.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen seit 1. Juli bis heute folgende Beiträge ein:

Für **Glaskarbeiter**: Röhrenfabrik von Jelder und Pfaffen 36,65, — Frau W. Hofmann 1,10, 2,35, 30, — Verband der Schmiede Berlins 35, — Glaser 11,95, Feinsempfer 3,15, Kassenbeamte Berlins 15,65, Distrikts- klub L. Jakob 6, — Wäschendrucke 39,25, Tapezierer Berlins 50, — Buch- binderei Witten u. Co. 14,70, 8,30, Brauer Berlins 15,80, Tapezierwerkstatt Reinhardt 6, — Tischlerei Venz u. Joch 19, — Klempner Dietrich 17, — Tischlerei Hillebrand, Kroll u. Co. 24,05, Verb. d. Buchbinder Berlins 250, — Georgina-Ritzdorf 3,30, Centralverb. d. Bauarbeiter Berlins 300, — Schiffe, Stadtfabrik 15, — Nordmacher Schmidt u. Co. 8,95, Tischlerei Bülow 7,50, Tischlerei Fischer, Weidenweg 10, — Bildhauer v. Reumeyer 18,00, Schulze 2,20, Buchdruckerei Köhler 5, — Verband d. Bergolder 100, — Kaufhaus Weichendaut 10, — Tischlerei Reichel u. Co. 2,70, Klempner a. d. Friedrich- straße 3, — Bildhauer, Vermaltung Berlin 100, — Unbekannt 1, — Verb. d. Lederarb. Berlin 100, — Druckeri Victoria 2,70, Tigarergesch. Rüdern- straße 8, — Centralverb. d. Maurer Berlins 500, — Holzarbeiter-Verb. Ober- schönewalde 10, — Maurerwerb Witten 20, — Mahlo 2,65, Abhänger Arb. und Arbeiterinnen 3,50, Westmannplatz 10, — Röhrenfabrik v. Jelder u. Pfaffen 40,80, Wolfram 6, — 26,50, Viehbes. Holzarbeiter 4,40, Müller Berlins 18,25, Radmacher G. Schmidt u. Co. 4,25, Organisierte Putzmacher 100, — Tischlerei Stern, Sellig u. Co. 12,45, Tischlerei Spranger 10,85, Belzer der Firma J. E. Wolff 2,80, 3,10, 2,50, Tischlerei Meyer 11, — 11, — Tischlerei Joch 2,30, Tischlerei Hartmann, Wienerstraße, 6,80, Weber 25,95, Droschkenführer von Schulz 21,00, Tischler Seidensticker 3, — Verband der Metallarbeiter, Berlin, 1000, — A. Hofmann 7,30, Metallarbeiter von Dahnig 8,50, Durch H. Besold 30, — Verband der Gravure Berlins 25, — da. Ueberläuf Franzpönde 4,70, Lithographen und Steinbruder a. Conto 285,90, Buchbinder Witten u. Co. 11,30, Bildhauer d. Krippstraße 18,20, 7,95, Bader u. Kuischer, Kleine Kur- straße, 2,60, Sattelmacher-Beite 6, — Verband der Bildhauer 13,80, Lotteriestück „Fortuna“ 4, — Verein Berliner Buchdrucker und Schrift- steller 1000, — Verband der Typsetz, Filiale Berlin, 300, — Reinhold 15,75, Stuhlfabrik Hitz u. Sohn 14,35, Verband d. Schmiede Berlins 100, — Gutarbeiter 0,50, Gefangenen „Solidarität“ 10, — Centralverband der Maurer, Filiale Berlin, 500, — Billardklub „Gruhl“ 3, — 10, — Ar- beiter der „Union“ 36,80, Metallarbeiter 78,05, Verband der Maler 13,10, Schirmfabrik von Schille 15, — Regelfuß „Bor- niers“ 6, — Buchdruckerei Köhler 5,15, Lampenfabrik v. Holz 11,90, Haupt 5, — Hydrotheater Stralau 8,05, 8,40, 6,80, Centralorganisierte Bauarbeiter Friedrichsberg 30, — Hofmann 12,25, Gravure 53,40, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 111,60, Herrenschneider von Gerson 10, — 10, — Möbelarbeit von Jasse u. Hofmann 8,05, Tischler Gugen 5,15, Tischlerei Gebr. Paul 28, — Spar- und Kreditverein Südost 20, — Genossen vom 110. Bezirk 5, — Staffus Revolution 10, — Buchdruckerei von G. Billig Nachfolger 9, — Maschinisten 50, — B. Uebdahn, Buchdruckerei Gebrüder Unger 10,50, Maler durch Herzog 5,20, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma B. Bartel 15, — Tischlerei Hartmann 5,40, Tapezierer durch A. Schmidt 24,35, Modellistler v. P. Vöme 14,55, Verband d. Bergolder, Hauptstraße 100, — Verband d. Zimmerer, Berlin 500, — Verband d. Metallarbeiter, Berlin 1000, — Porzellanarbeiter Charlottenburgs 15, — Schmiedewerkstatt v. Hofmann 10,90, Silberarbeiter v. Rossgau 15, — Hing 8, — Tischlerei von Bornowit u. Sohn 14, — Buchdruckerei von Pas u. Garbe 16,40, G. Mars 3, — Joch 7,00, F. Schütz 5,85, Verband der Bergolder, Filiale Berlin 300, — Verband der Schuhmacher 100, — Verband der Lederarbeiter (Kobgerber) 30, — Bildhauer 7,55, Streit im K. Gewerkschaftsamt 1, — Steinbildhauer 24,50, Konradus „Ohne Zwang“ 30, — Nidels 18,65, Simon 25,25, Riemenschnurarbeiter 25, — Tischlerei Meyer 12, — Holzarbeiterverband, Filiale Berlin 1000, —

Für die **Tabalarbeiter in Nordhausen** gingen in dieser Zeit ein: Socialdemokratische Gastwirte 100, — Verband der Lederarbeiter u. Leder- gerber 30, — Fackler 24,30, Gadenholt Schmargendorf 20, — Verb. d. Böttcher 30, — Verband der Maurer I. Putz, 200, — Mälereiarbeiter 29,75, Steinarbeiter 55,15, Bauanschläger 19,30, Verband der Bergolder 20, — Bureauangestellte 5,40, Buchbinderi Klemm 5, — Schriftsteller 87,05, Organisierte Putzmacher 30, — Textilarbeiter v. Dand 15, — Buchdruckerei- Hilfsarbeiter 3,75, 35,80, Dachdecker der Firma Dide, Hildorf 9,45, Kleiderbör und Kohldorf 10,30, Dachdecker 13,25, Bauanschläger Berlins 27,50, Pharmarbeiter 17,30, Verband der Lithographen 10,05, Tapezierer 24,35, Elektromonteur 10,05, Hornhörer 19,70, Droschkenführer 52,05, Bildhauer 9,75, 8,05, Verband der Schneider 30,40, Glaser Berlins 11,95, Sparverein Namenlos, Mariendorf 25,55, Brennerarb. Müller 3,45, Gravure und Gelehrte 15, — Centralverb. der Former 58,80, Galvanop- lastik 15, Buchbinderverband 50, — Porzellanarbeiter II 10, — Bergolder 27,55, Steinbruder und Lithographen 23,65, Tauscherverein Solidarität 12, — Droschkenführer 25, — Distriktsklub L. Jakob 6, — Bau- anschläger Berlins 15,15, Tischlerei G. Müller 13, — Konbittoren 11,40, Schuhmacher 19,25, Kaufleute d. B. Raab 15,10, Buch- druckerei-Hilfsarbeiter 24,15, Verband der Handbühnenmacher 19,45, Schlichter Berlins 23,50, Radspitzer 37,45, Dachdecker 7,30, 5, — Brauer Berlins 11,20, Tabalarbeiter durch Sperber 300, — Typsetz Berlins 38,10, Bauanschläger Berlins 10,95, Stereotypsetz 40,15, Sticker Berlins 24,50, Gelehrte 6, — Tischler Jander 19,45, Verein der Stereotypsetz 25, — Steinbauer 6,90, Mälerei - Arbeiter der Firma Krause, Fenn- straße, 22,90, Elektromonteur 32,50, Durch Riehl 21,05, Jander, Tischler 19,45, (?) Maurer durch Ding 2, — Gravure 6,80, Verband der Maler 18,20, Bergolder 13,10, Herrenschneider von Gerson 10, — Tischlerei von Gebr. Paul 13,00, Verband der Schuhmacher 60, — Ver- band der Formschner 19,05, Metallarbeiter 5, —

Weitere Beiträge werden entgegengenommen. Gelder sind nur an A. R. Örsen zu richten. Die Berliner Gewerkschaftskommission. Engel-Ufer 15, II. Flur-Eingang.

Die Parteiversammlungen,

welche gestern abend in allen Berliner Wahlkreisen tagten, beschäftigten sich mit den Angelegenheiten, welche der Brandenburgische Provinzial- kongress vorzulegen sind, sowie mit der vom Parteitag zu erledi- genden Tagesordnung. Ueber den Verlauf der einzelnen Versamm- lungen bringen wir vorläufig folgende kurze Mitteilungen:

In der Versammlung des ersten Wahlkreises wurden nach einleitendem Bericht des Genossen Schuster zur Branden- burger Provinzialkongress die Genossen Strebl, Manasse und Linde als Delegierte ernannt. Nach einer sehr lebhaften Besprechung über den Hamburger Schiedsspruch, gegen welchen die Versammlung protestierte, wurden die Genossen Wahn und Kunkel als Delegierte, Schensch als Ersatzmann gewählt.

Die zahlreich besuchte Versammlung des zweiten Wahl- kreises auf dem Berliner Bod delegierte zur Provinzial- kongress die Genossen Hlbes, Emmerich und Fritsche, zum Parteitag die Genossen Fülle, Fritsche und Scholz. Der Schiedsspruch bezüglich der Hamburger Accordmaurer zeitigte eine sehr eingehende und lange Debatte; ein Antrag bezüg- lich dieser Angelegenheit für den Parteitag wurde jedoch nicht gestellt.

Die Versammlung des dritten Wahlkreises, welche unter Vorsitz des Genossen Hoch tagte, war sehr gut besucht. Nach kurzer Diskussion über die Tagesordnung des Branden- burger Parteitages wurden die Genossen Böhl, Harndt, Loge zu demselben delegiert. Eine längere Debatte ergaben die verschiedenen Punkte der Tagesordnung zum Lübecker Parteitag. Besonders die Ausschließung der Öffentlichkeit, sowie der Schiedsspruch in Bezug der Accordmaurer verursachten eine ausgiebige Debatte. Ein Antrag Fröhlich, der Ausschließung der Öffentlichkeit nur dann zuzustimmen, wenn es sich um interne finanzielle Fragen handelt, fand die Zustimmung der großen Mehrheit der Anwesenden. Eine vielumstrittene Sache war die Schiedsspruchangelegenheit. Während Wolfgang Hein den Schiedsspruch für richtig befand und auf die Konsequenzen eines gegenseitigen Standpunktes hingewiesen, sprachen sich Mahle, R. Arndt, Cohn, Ritter, Schulz in entschiedener Weise für die Annulierung des Schiedsspruches und den Ausschluß der Accord- maurer aus. Ein in diesem Sinne von Mahle eingebrachter Antrag wurde indessen abgelehnt. Zum Parteitag wurden delegiert: Dimmid, Padenwig und Büttner.

Die zahlreich besuchte Versammlung für den vierten Wahl- kreis, die in der „Urania“, Wrangeistraße, tagte, wählte als Delegierte zur Provinzialkongress die Genossen Schneider und Waader aus dem Osten sowie Paul Hoffmann aus dem Süd- osten. — Nach längerer Debatte über die Tagesordnung des Partei- tages wurden mehrere Urträge angenommen. Der Parteitag soll ersucht werden, zu entscheiden, inwieweit centrale Gewerkschaften berechtigt seien, die Beschlässe der internationalen Kongresse, die Reisekosten betreffen, zu hinterziehen. Ferner soll der Parteivorstand veranlaßt werden, die Zoll- und Handelspolitik und den Brotwucher als selbständigen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Eine einstimmig angenommene Resolution spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag „gegenüber den neuesten Bestrebungen des Genossen Ed. Bernstein, den im Erfurter Programm festgelegten Grundbägen die wissen- schaftliche Basis zu entziehen, entschieden und unzweideutig Stellung nehmen möge“. Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Wafener, Adolf Hoffmann (Osten) und Gesche (Südosten).

Die im Schützenhause abgehaltene Parteiversammlung des fünften Wahlkreises wählte nach lebhafter Diskussion die Genossen Ziyewij, Zug und Dabiel zu Delegierten für die Brandenburgische Provinzialkongress. Angenommen wurde, beim Partei- tag in Lübeck zu beantragen, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen und die Fraktion zu beauftragen, zur besseren Sicherung des Koalitionsrechts entsprechende Schritte zu thun. In der Frage des Schiedsspruches betrug die Hamburger Accord- maurer wurde den Delegierten — als welche die Genossen Reul und Kozke gewählt wurden — in ihrer Stellungnahme freie Hand gelassen.

Die Versammlung im sechsten Wahlkreise, die im „Absteiger Hof“ tagte, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Als Dele- gierte zum Provinzial-Parteitag wurden Kaiser, Brandt und Weber gewählt. Zur Tagesordnung des Parteitages in Lübeck ward von Wäitlermann eine die Aufhebung des Schiedsspruches in Sachen der Hamburger Accordmaurer verlangende Resolution ein- gebracht, die nach lebhafter Debatte mit großer Majorität abgelehnt wurde. Dagegen wurde ein Antrag Riesel, welcher die Mißbilligung der Art der Agitation des Genossen Bernstein durch den Parteitag verlangt, gegen acht Stimmen angenommen. Nach Lübeck wurden die Genossen Riesel, Hing und Brandt delegiert.

Sociale Rechtspflege.

Gegen eine Lohnentschädigungsklage des Photographen W. wandte der besagte Photograph nach vor der Kammer VIII des Gewerbegerichts ein, daß der Kläger unbefugt die Arbeit ver- zweigert habe und deshalb plötzlich hätte entlassen werden können. W. habe sich eines Tages geweigert, von der Friedrichstraße, wo er thätig war, nach dem zweiten Geschäft in der Königstraße zu gehen und dort zu kopieren. Der Kläger habe schon einmal dort gearbeitet. — W. betonte dem gegenüber, daß er den Arbeitsraum in der Königstraße jenes erste Mal ungesund gefunden und bei seiner Weigerung, wieder hinzugehen, dies ausdrücklich als Grund be- zeichnet habe. Es lägen in dem nach oben offenen Raum alte Hof- decken und Teppiche, die einen modrigen gesundheitschädlichen Geruch verbreiteten. — Ein Kollege des Klägers, den der Vorstehende Dr. Meier um seine Meinung befragte, hält höchstens für ungesund den Rauch, der von Zeit zu Zeit aus den Rissen des Schornsteins dringt. Ein Schutzmann sei oben gewesen, habe aber auch nichts Ungesundes gefunden. Allerdings habe der Beante gemeint, die Decken müßten herunter. Der als Gesundheitsrat angereifene junge Mann machte dann noch die Bemerkung, daß der Aufenthalt im fraglichen Raum vielleicht jemand schade, wenn er lungenkrank sei. Der Kläger hält sich für lungenkrank. Im Laufe der Verhandlung wurde festgestellt, daß W. in dem Geschäft in der Friedrichstraße engagiert worden ist und daß ihm dabei nicht gesagt wurde, er müsse auch in dem Geschäft in der Königstraße arbeiten. Der Gerichtshof hielt das allein schon für auschlaggebend und verurteilte den Beklagten zur Zahlung der Entschädigung. In der Urteilsbegründung wurde unter anderem gesagt: Kläger habe die Arbeit in der Königstraße verweigern können, weil er für das dortige Geschäft nicht engagiert worden sei. Und wenn Kläger einmal darin arbeitete, so könne hieraus noch kein stillschweigendes Einverständnis, es auch ferner zu thun, hergeleitet werden.

Eine Lohnentschädigungsklage, angestrengt wegen plötzlicher Entlassung, begründete der Schuhmacher B. damit, daß der bei seiner Einstellung als Zuschneider bei dem Fabrikanten Goldberg verabredete Kündigungsansatz nicht mehr Geltung habe, nachdem er zum Werkmeister erhoben worden. Daburch wäre ein neues Arbeitsverhältnis begründet worden. Der Beklagte Goldberg bestreift, B. zum Werkmeister ernannt zu haben. Er habe ihn allerdings ersucht, ein bißchen darauf zu achten, daß die Kommissionen richtig herauskämen, und für die gewünschte Beaufsichtigung der Arbeiter habe er ihm eine Zulage be- willigt. Von einer sonstigen Veränderung der Stellung des Klägers sei aber nicht die Rede gewesen. B. sei bis zur letzten Stunde Zuschneider geblieben. Nachdem der Beklagte seine Angaben auf Beschluß der Kammer II des Gewerbegerichts bekräftigt hatte, wurde der Kläger abgewiesen, weil er weder zum Werkmeister direkt ernannt, noch durch die Uebertragung einer gewissen Aufsicht dazu geworden sei. Der Kündigungsansatz habe weiter gegolten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kohlenarbeiterstreik in Böhmen.

Teplitz. (Privatdepesche.) Die gesamten Belegschaften der Böhmer Kohlenwerke, der Gutmann- und Johann-Schächte, sind in den Streik getreten, da die Grubenverwaltungen die als Demonstration für den Achtstundentag gedachte 1/2 stündige Ver- zögerung der Anfahrt nicht zuließen; auch die Belegschaft der Richard-Schächte hat sich bereits dem Streik angeschlossen.

Gläubigerversammlung der Aktiengesellschaft Tecluden.

Essen a. d. Ruhr, 22. August. (B. Z. B.) Die Rheinisch- Westfälische Zeitung meldet: In der heute vormittag in Oberhausen abgehaltenen Gläubiger-Versammlung der Gerhard Tecluden- Aktiengesellschaft wurden Dr. Schulz und Dr. Schmidt in Duisburg als Konkursverwalter bestätigt; in den Gläubiger-Ausschuss wurden gewählt: die „Bank für Handel und Industrie“, „Hoback Bräuhauer u. Co.“, der „Barmer Bankverein“, die „Magdeburger Privatbank“ und als Vertreter des persönlichen Konkurses Gerhard Tecludens Rechtsanwält Dr. Hedding-Oberhausen. Die Versammlung genehmigte die bisherigen Beschlässe des Gläubiger-Ausschusses, wonach die Maschinen- und Metallwarenfabrik, ferner die Stuhlfabriken in Oberhausen, Soldeim, Strahlen, Vork aufgelöst werden, dagegen die Herdfabrik Oberhausen und die Stuhlfabriken Schleiden, Sonders, Capellen fortgeführt werden sollen.

Königsberg i. Pr., 22. August. (B. Z. B.) Wie die Königs- bergeer Hartung'sche Zeitung erfährt, ist der Steitiner Dampfer „Wahn“ (Pater), der gestern abend auf seiner regelmäßigen Tourenfahrt Remel-Steitin von Remel abgegangen war, in der Nacht auf See unweit Brästerort led gesprungen und gesunken. Die auf 16 Mann bestehende Besatzung verließ auf zwei Booten den Dampfer. Eins der Boote mit acht Mann ist bei Franz gelandet, über den Verbleib des andren Bootes fehlen Nachrichten.

Salzburg, 22. August. (B. Z.) In Gundlbrunn schlug der Wlig in das Schulhaus. Der Oberlehrer Lukas wurde ge- tötet, der Oberlehrer Frischla sowie seine Ehefrau wurden schwer verletzt.

Mailand, 22. August. (B. Z.) Der kürzlich aus der Schweiz ausgewiesene Anarchist Galotti wurde in Como verhaftet.

Zur Frage Partei und Streikbrecher.

(Genosse Bernstein sendet uns nachstehenden Artikel über die in den Streifen der Partei und den Gewerkschaften zur Zeit vielbesprochene Frage, die an das Verhalten der Hamburger Accordmaurer anknüpft. Wir geben dem Artikel gern Raum und nehmen an, daß eine weitere Aussprache in den Spalten unseres Blattes für die Entscheidung der Partei auf dem Parteitage wirken wird.)

Redaktion des „Vorwärts“.)

Es steht jetzt außer Frage, daß der Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer den Lübecker Parteitag lebhaft beschäftigt wird, und es kann ferner als sicher angenommen werden, daß die Frage, um welche es sich in letzter Zeit bei dem Schiedsspruch handelte, durch eine bloße Abstimmung für und wider diesen Spruch nicht erledigt werden würde. Vielmehr würde voraussichtlich sowohl Annahme wie Ablehnung des auf Umstößung des Schiedsspruchs abzielenden Antrags die Erregung der Gemüter nicht belegen. Denn nicht alle Gründe, welche gegen Umstößung des Schiedsspruchs sprechen, wären durch seine Annahme widerlegt, seine Ablehnung aber würde nicht verhindern können, daß die gleiche Frage — nämlich wann ein Vergehen gegen Gewerkschaftsprincipien als Vergehen gegen die Grundprincipien der Socialdemokratie zu betrachten wäre — bei der nächsten Gelegenheit wieder vor die Partei käme. Die Ablehnung würde jedoch, darüber kann wohl kaum mehr ein Zweifel herrschen, eine starke Mitbestimmung in Gewerkschaftskreisen gegen die Partei zur Folge haben. Es scheint daher am Platze, die aufgeworfene Frage unter ihrem weiteren principielle Gesichtspunkt zu erörtern und die Formulierung eines Beschlusses zu versuchen, der geeignet wäre, für alle zukünftigen Fälle von vornherein als Richtschnur für das Verhalten der Partei gegenüber Gewerkschaftswirksamkeiten zu dienen.

Um einen von Rücksichten auf Augenblicksstimmungen oder Personensorgen freien Standpunkt in dieser Sache zu gewinnen, ist es vor allem notwendig, sich die allgemeine Frage zu beantworten: Welches ist das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften?

Es wird wohl keinen Socialisten geben, der dies Verhältnis als ein principieil neutrales auffaßt. Die Neutralität der Partei den Gewerkschaften gegenüber kann vielmehr immer nur eine formale sein, und zwar aus folgenden Gründen: Die Partei vertritt gegenüber der Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen keinerlei Sonderinteressen, sie ist nicht ein Zweig wie die anderen Zweige, sondern sie ist oder soll sein die Zusammenfassung aller Specialinteressen nach der großen Seite hin, die wir heute das politische Wesen nennen, und die das allen Gliedern des Gesellschaftskörpers gemeinsame umfaßt oder herstellt soll. Die Partei ist, kraft der ihr innewohnenden Tendenz auf das Allgemeine der Arbeiterinteressen hin, auch dazu bestimmt, die höchste Zustand der Arbeiterbewegung zu bilden, sie hat gegenüber allen den höheren Ansprüchen auf die geistige Beeinflussung der Massen.

Über weil sie principieil die höhere Zustand darstellt, weil sie der Körper ist, zu dem die verschiedenen Specialorgane der Arbeiterbewegung als ihrem natürlichen Mittelpunkt immer wieder zurückzukehren, darum hat meines Erachtens die Partei auch in verschiedener Hinsicht größere Pflichten gegenüber den einzelnen Gliedern, als diese gegen sie. Ich halte es für irrig, die von der Partei den Gewerkschaften und Genossenschaften gegenüber zu beobachtende Neutralität der Neutralität dieser für vollständig aufzufassen. Allerdings ist auch die letztere nur eine bedingte, soll und wird der Geist, der die Partei befeuert, nicht vor den Thüren der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter halt machen. Aber es vertritt sich nicht mit den Specialaufgaben, die diesen zufallen, ihren Mitgliedern andre Verpflichtungen als bindend aufzuerlegen, als die sich aus der Natur dieser Aufgaben selbst ergeben. Dagegen liegt es im Wesen der Socialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse, diese Specialorgane der Arbeiterbewegung, gleichviel wie sie sich zu ihr stellen, als ihre natürlichen Schutzbehörden zu betrachten, ihnen gegenüber nach dem Grundsatz zu handeln: noblesse oblige, — die höhere Position verpflichtet.

Geht man von diesem Gesichtspunkt aus — und ich glaube nicht, daß er irgendwo in der Partei auf Widerspruch stoßen wird — so wird man es nicht als unnatürlich oder auch nur unerwünscht betrachten können, wenn an die Partei die Anforderung herantritt, grobe Pflichtvergehen gegen die Gewerkschaft als unvereinbar mit ihren Principien zu betrachten. Ob gewollt oder nicht, liegt darin die Anerkennung jenes Schutzverhältnisses, d. h. der Ueberordnung der Partei über die anderen Körper schon eingeschlossen. Es handelt sich also nur darum, den Grenzpunkt zu finden, von wo ab die Partei einen Verstoß gegen eine Gewerkschaft als einen Verstoß gegen die allgemeinen, auch von ihr vertretenen Grundsätze der Arbeiterbewegung zu betrachten und entsprechend zu behandeln hätte.

Da scheint mir der einzige Maßstab, der eine alle Teile befriedigende Entscheidung solcher Verfassungskommissionen ermöglicht, in der Frage nach dem Schaden zu liegen, der durch die demangelt Handlung bewirkt oder angeführt wurde. Das Hamburger Schiedsgericht, um an den vorliegenden Fall anzuknüpfen, hat meines Erachtens darin einen verhängnisvollen Irrtum begangen, und war, wenn ich nicht irre, durch das gegenwärtige Parteistatut geradezu genötigt, diesen Weg einzuschlagen, daß es die Streitfrage unter dem Gesichtswinkel der Moral entschied. Der ist aber in solchen Fällen nicht ausreichend und er würde sogar oft zu bitterem Unrecht führen. Ich wenigstens gestehe offen, daß, wenn ich in Hamburg unter dem Gesichtspunkt: ehrlos oder nicht, zu entscheiden gehabt hätte, ich wahrscheinlich auch so gestimmt hätte wie das Schiedsgericht und die Parteicontroleure. Ich kann mir sehr wohl denken, daß die betreffenden Accordmaurer zu ihrem Verhalten von Motiven oder Umständen bestimmt worden waren, die Ausdrücke wie „Lumpen“ etc. für ganz unangebracht erscheinen lassen. Ich will auch nicht verstehen, daß ich sogar in der Frage der Accordarbeit zu denjenigen gehöre, die sie auf die Dauer für unvermeidlich halten. Aber gerade weil ich sie für unvermeidlich halte, halte ich auch den Bestand starker, geschlossener Gewerkschaften, die gegebenenfalls im Stande sind, ihre Regeln zu bestimmen, für unerlässlich und jede Handlung für verwerflich, welche die Disciplin in der Gewerkschaft an der Wurzel untergräbt.

Kann die Socialdemokratie sich solchen disciplinwidrigen Handlungen gegenüber neutral verhalten? Kann sie Leuten einen Platz in ihren Reihen einräumen, die sich in offenem, schädigendem Kampf mit der Mehrheit ihrer organisierten Verfassungskörper befinden? Ich bin der Ansicht, daß dies unmöglich ist, wenn ich auch nicht der Ansicht bin, daß in jedem hierher gehörigen Falle Ausstoßung mit Schimpf und Schande angebracht ist. Es sind auch hier allerdings Fälle denkbar, die mildernde Umstände zulassen. Die Mehrheiten sind nicht unfehlbar, und so die Leidenschaften oder Eifersüchtligkeiten ins Spiel kommen, ist Menschlichkeitserwägungen überall ein Platz einzuräumen. Man kann z. B. in Fällen, wo eine scharfe Bestrafung unangebracht erscheint, einfache Unterbrechung der Parteimitgliedschaft eintreten lassen und den Betroffenen sagen: „So lange Ihr nicht Frieden mit Eurer Gewerkschaft gemacht habt, bezw. von Euren, diese schädigenden Verhalten Abstand nehmt, könnt Ihr nicht Mitglieder der Partei sein.“ Damit ist noch nicht endgültig der Stab über sie gebrochen, aber den berechtigten Anforderungen der Gewerkschaften an die Partei ist Genüge geschehen.

Stellt man als Grundfrage fest, daß ein schwerer Verstoß gegen die Disciplin, eine ernsthafte Schädigung des Gewerkschaftskampfes vorliegen muß, wenn für die Partei oder Parteimitgliedern Grund zum Einschreiten gegen ihre Mitglieder vorhanden sein soll, dann ist nicht zu befürchten, daß all zu oft das Verlangen an sie herantritt, Verfassungskommissionen in Gewerkschaften vor ihr Forum zu ziehen. Es ist vielmehr die Möglichkeit gegeben, die Befassung mit Streitig-

keiten kleinlicher Natur von sich abzulehnen. Außerdem aber kann eine solche Bestimmung, wenn sie zugleich befragt, daß solche Vergehen als Vergehen gegen die Principien der Socialdemokratie aufgefaßt und entsprechend behandelt werden, eine gewisse erzieherische Wirkung ausüben und manchen Verstoß verhüten, der sonst in der Hitze des Kampfes leichtgenommen werden würde.

Es ist sicherlich nicht wünschenswert, daß Zustimmungen auf einem Gebiete der Arbeiterbewegung auch auf andre Gebiete übertragen werden. Aber angesichts der Thatfache, daß es zum nicht geringen Teil dieselben Menschen sind, die hier wie dort die thätigsten Mitglieder stellen, daß ungeachtet der formalen Auseinanderhaltung der Organisationen unzulässige geistige Fäden hinüber und herüber führen, und daß gerade vom socialistischen Standpunkt aus dahin gestrebt und gewirkt wird, die Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen mit ein und demselben Geist der Solidarität zu durchdringen, wird in dem Maße, als dies gelingt und die Bewegung anwächst, eine Politik der Ignorierung undurchführbar.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt es sich, daß die Partei als Richtschnur für die Zukunft den Grundsatz aufstellt, daß wer der gewerkschaftlichen Organisation seines Berufs in ihren auf Regelung der Arbeitsbedingungen gerichteten Kämpfen schädigend in den Weg tritt oder sich eines ähnlichen, die Organisation in ihrer Leistungsfähigkeit ernsthaft schädigenden Verstoßes gegen die Disciplin schuldig macht, damit auch gegen die Grundsätze der Partei handelt und so lange nicht ihr Mitglied sein kann, als er in diesem ungebührlichen Verhältnis gegen seine Berufsorganisation verharrt. Vorausgesetzt ist dabei, daß es sich um Gewerkschaften handelt, die keinen der allgemeinen Arbeiterbewegung fremden Interessen dienen, sowie um Kämpfe, die in keinem Widerspruch zu den Grundsätzen der letzteren stehen. Wenn es z. B. irgendwo einer konfessionellen Berufsorganisation einsele, für ausschließliche Anstellung oder Bevorzugung von Konfessionsangehörigen zu agitieren, so kann von irgend einer Verpflichtung zur Respektierung ihrer Disciplin da nicht die Rede sein. Ferner würde es sich noch empfehlen, festzustellen, daß, wo bereits in ein und demselben Beruf mehrere gewerkschaftliche Vereinigungen bestehen, die Socialdemokratie sich in deren Streitigkeiten untereinander nicht einmischt, sondern ihren Anspruchs von der Zukunft erwartet, daß sie aber jeden neuen Versuch der Sonderhändel gegenüber bestehenden, kampferprobten Gewerkschaften principieil vertritt und gegebenenfalls als großen Verstoß im vorentwickelten Sinne betrachten würde.

Ed. Bernstein.

4. Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsangehörigen Deutschlands.

Halle, 21. August.

4. Verhandlungstag.

Zur Diskussion stand der Punkt: „Tarifgemeinschaft“. Sämtliche Redner traten für eine Gemeinschaft ein. Die vom Referenten Tischendörfer gestellte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber den Punkt: „Gewerkschafts-Kongress“ referierte Müller-Hamburg. Die Versammlung beschloß, das Verhältnis zur Generalcommission beizubehalten und den Gewerkschaftskongress durch Sillier und Tischendörfer zu besetzen.

Zum Punkt: „Statutenberatung“ gab Diebelt-Verlin im Namen der Statutenberatungskommission Bericht. Beschlossen wurde, den Beitrag von 40 Pf. auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen. Kartographen und Linoleumdrucker werden für die Folge aufgenommen, so daß jetzt Lithographen, Kartographen, Steindrucker, Chemigraphen, Lithodrucker, Kupferdrucker, Rotendrucker, Tapetendrucker, Linoleumdrucker, Schreifer und Peiger aufgenommen werden. An Reise-Unterstützung wird pro Kilometer Zustizie 4 Pf. gezahlt, und zwar bei mindestens 26 Beiträgen bis 27 M., bei 52 Beiträgen bis 54 M., bei 156 Beiträgen bis 72 M.

Die Arbeitslosen-Unterstützung wird gezahlt: bei mindestens 26 Beiträgen 8 Wochen a 9 M., 52 Beiträgen 6 Wochen a 9 M., 156 Beiträgen 6 Wochen a 12 M.

Anzugskosten werden an verheiratete Mitglieder bei 52 wöchentlichen Beitragszahlung 54 M. und bei 104 Beiträgen 60 M. gezahlt. Wohnregulungs-Unterstützung wird mindestens 2/3 des bisher verdienten Lohnes gezahlt. Das Mitbestimmungsrecht des Ausschusses wurde in vielen Paragraphen gestrichen. Bei Abwehrstreits hat der Ausschuss nicht mehr mitzusprechen, ebenso auch beim Rechtschutz. Die Gau-Einteilung wurde abgeschafft und Agitationskommissionen dafür eingesetzt. Für lokale Ausgaben verbleiben den Zahlstellen statt bisher 15 Proz., jetzt 12 Proz.

Zum 1. Mai nahm die Generalversammlung dahin Stellung, daß es den einzelnen Städten überlassen bleibt, im Sinne des Beschlusses des letzten Gewerkschaftskongresses zu handeln.

Dem bisherigen Vorstehenden wurden 300 M. als nachträgliche Mitgliedschädigung und Gehaltszulage bewilligt. Der bisherige Vorsitzende Sillier-Verlin wurde einstimmig wiedergewählt mit einem jährlichen Gehalt von 2100 M. und 150 M. Mitgliedschädigung. Zum Kassierer wurde Brall-Verlin mit 500 M. jährlicher Entschädigung gewählt. Für den Berliner Bevollmächtigten und Redacteur wurden jährlich je 2100 M. festgesetzt.

Beschlossen wurde, eine Statistik über die hygienischen Verhältnisse aufzunehmen und das Material dem Bundesrat zum Erlass einer Bundesratsverordnung einzurichten. Ebenso soll eine Lehrplangstatistik aufgenommen werden. Die nächste Generalversammlung findet in Dresden im Jahre 1904 statt. An Diäten wurden 12 M. pro Tag festgesetzt und nach einem Schlusswort des Vorstehenden Sillier die Generalversammlung abends 6 Uhr geschlossen.

Lokales.

Die Folgen einer Loyalitätsbezeugung.

Auch wir nahmen vor einigen Tagen von dem falschen Gerücht Notiz, wonach die bekannte Lebensversicherungs-Gesellschaft „Victoria“ pleite sein sollte, und knüpften daran die mit gutem Gewissen abzugebende Versicherung, daß die demurrirenden Geschäftsleitertragereien jeden Grundes entbehrten und die Gesellschaft solvent dasiehe.

Interessant ist nun der Ursprung der alarmierenden Gerüchte. Er liegt in patriotischen Hochgefühlen verborgen. Als nämlich die Kaiserin Friedrich am Dienstag voriger Woche beiseite gesetzt werden sollte, glaubten die Direktoren der „Victoria“ etwas Besonderes in puncto Loyalität thun zu müssen. Sie schlossen an Trauer um die Dahingeshiedene sowohl das Direktionsbureau als auch die verschiedenen Filialgeschäfte in der Stadt. Ja noch mehr. Auch die Unterbeamten z. B. sollten gebührend von Schmerz ergriffen sein und daher wurde ebenfalls den Kassenboten streng aufgetragen, am Beiseitzage weder Prämissen einzukassieren, noch sonst sich im Dienste der Gesellschaft anzustrengen.

Dieses wohlgemeintene Quantum von Landstrauer hatte nun ganz wunderbare, im weissen Rat der Götter nicht vorhergesehene Wirkungen. Die Reichshauptstadt an sich konnte begreiflicherweise von den Dingen, die in Potsdam geschahen, verhältnismäßig wenig Notiz nehmen, und so ging am Trauertage das geschäftliche Treiben hier seinen Gang wie zu andren Zeiten auch. Wer bei der „Victoria“ an diesem Tage Geld einzahlen oder erheben wollte, ging aufs Bureau und war nicht wenig überrascht, dort alle Thüren verschlossen zu finden. Keine Menschenseele gab Auskunft, was los

war, ja selbst ein schriftlicher Vermerk über die patriotisch-schmerzhaften Gründe des Geschäftsschlusses fehlte. Die Interessenten zerbrachen sich den Kopf über das seltsame Phänomen, und so ist es kein Wunder, daß ein besonders besorgtes Gemüt auf den sozusagen in der Luft liegenden Gedanken kam, die „Victoria“ sei an den Bankrott beteiligt und durch Zerbinden oder sonst wen in den Konkurs getrieben worden. Einer sagte es dem andern und bald war das bedenkliche Gerücht mit Windeseile in der ganzen Stadt verbreitet. Die Direktoren hatten sich nun nicht allein mit ihrem Schmerz über den Tod der Kaiserin Friedrich zu quälen, sondern auch die zum mindesten ebenso intensive Ergriffenheit über die euseylichen Folgen ihrer markanten Trauer gebührend zum Ausdruck zu bringen, und erließen eine Erklärung nach der andern über die Grundlosigkeit der kolportierten Gerüchte. Die Agenten und Boten der Gesellschaft aber wurden, wo sie anklopften, mit mißtrauischen Blicken empfangen und brachten abends keinen Heller Verdienst heim. Erst jetzt scheint sich das Publikum allmählich zu beruhigen. Den Direktoren und Angestellten mag der Beiseitztag aber noch lange in sehr schmerzlicher Erinnerung bleiben.

Eine der wertvollsten Errungenschaften auf dem Gebiete der Eisenbahn-Reform ist die Schreibgebühr.

Wertvoll natürlich für die Verwaltung. Es giebt unreses Wissens zweierlei Anwendungsarten, um die fiskalischen Vorteile dieser Einrichtung dem Publikum plausibel zu machen, und ihrem inneren Gehalt nach wird die eine für zwei Mark, die andre für eine Mark losgelassen. Die erste Methode ist insofern noch originell, als sie ein bischen Abwechslung in den sonst üblichen Grundsatz bringt, daß Kinder die Hälfte kosten. Ein etwa auf der Stadtbahn abomierter Bemäler verliert, was ja nicht selten vorkommt, seine Schülerkarte. Eine solche Karte wird, nebenbei bemerkt, nur nach Erfüllung etwelcher bürokratischer Formalitäten verabsfolgt und so genau registriert, daß ein Beamter einem ins Haus kommt, um das Wertstück abzufordern, wenn die Feyer, die nach vier- oder sechsmonatigem Gebrauch von ihm übrig geblieben sind, nicht sofort nach Ablauf der Gültigkeit dem Schalterbeamten überreicht werden. In dem Falle also, daß die Karte verloren gegangen ist und ein Duplikat von ihr eingefordert wird, muß der Vater des in Betracht kommenden Jungen zwei Mark an Schreibgebühr bleichen. Der Wert des Papiertes als solches mag sich auf den minimalen Bruchteil eines Pfennigs belaufen, und die Ausfüllung nimmt auch bei einem des Schreibens nicht sonderlich gewohnten Menschen etwa eine Minute in Anspruch. Warum nun trotzdem die horrenden Summe von 2 Mark nicht etwa als Strafe für Unachtsamkeit, sondern als Schreibgebühr eingefordert wurde? Darum!

Wit der Errungenschaft zu einer Mark aber steht es folgendermaßen. Ein Reisender hat, wie es dieser Tage passiert ist, am Schalter eine Fahrkarte nach Lübben gefordert und infolge eines Mißverständnisses eine solche bis Lübbenau erhalten. Erst im Eisenbahnwagen bemerkt er den Irrtum und läßt in Lübben den Stationsbeamten darüber auf, daß er dem Fiskus für die weitere Strecke 5,20 M. entrichtet habe, wo er bis Lübben doch nur 4,50 M. zu zahlen hatte. Der Beamte klemmt die Karte und rät dem Fahrgast zu reklamieren. Nachdem dies geschehen, erhält der Beschädigte von der Eisenbahninspektion einen Brief, für welchen er zunächst 5 Pf. Porto zu betappen hat; in dem Brief aber steht folgendes zu lesen:

„Dem Antrage von auf Rückzahlung von Fahrgeld für die eingesandte nicht angemerkte Fahrkarte, kann nicht entsprochen werden, weil nach Abzug des Fahrpreises für die zurückgelegten Fahrten, sowie von einer Mark Schreibgebühr ein zu erstattender Betrag nicht verbleibt.“

Vielleicht läßt Herr v. Thiele sich einmal gelegentlich darüber aus, mit welchem Recht hier vom Publikum eine Abgabe verlangt wird, deren Erhebung dem doch jeder plausible Grund zu fehlen scheint. Mit gleichem Recht wie hier, könnte überhaupt jeder, der sich an die Eisenbahnbehörde eine Anfrage zu richten gestattet, mit Strafe — Pardon, mit Schreibgebühr belegt werden.

Dafür, daß der Friedenszustand die Bevölkerung nicht allzu sehr verweichlicht, sorgen außer der Großindustrie mit ihren zahlreichen Menschensopfern ganz besonders unsere Verlehrsgeleisen.

In den Monaten April bis Ende Juni sind im Betriebe der Pferdebahn und der elektrischen Bahn sowie im Omnibusbetriebe acht Unfälle mit tödlichem Ausgang vorgekommen. Im Betriebe der Straßenbahn kamen 6 Todesfälle vor, 63 schwere und 381 leichte Verletzungen, bei den Omnibussen 2 Fälle mit tödlichem Ausgang, 18 schwere und 23 leichte Verletzungen. Von den 8 Personen wurden 7 durch Ueberfahren getödet, 1 kam bei einem Zusammenstoß ums Leben. — Die 63 schweren Verletzungen im Betriebe der Pferdebahn und der elektrischen Wagen verteilen sich folgendermaßen: Beim Aussteigen während der Fahrt 9, beim Aussteigen während der Fahrt 12, durch Herabfallen 2, durch Umstößen und Ueberfahren 14, durch Zusammenstöße 8 und die letzten 8 durch verschiedene Anlässe. — Die 18 schweren Verletzungen im Omnibusbetriebe entstanden: 4 durch Aussteigen während der Fahrt, 9 durch Umstößen und Ueberfahren und 5 durch Zusammenstöße. — Die Zahl der während dreier Monate in den Straßen Berlins durch die genannten drei öffentlichen Verkehrsmittel getödeten oder mehr oder weniger zu Krüppeln gemachten Personen beträgt somit insgesamt vierhundertdreundachtzig. Ihre hauswirtschaftlichen Vorkarosse haben also unrecht, wenn sie behaupten, daß der holde Friede die Bevölkerung des Anblicks von Blut und Leichen entwöhne und sie dadurch verzärtle.

Die Ruhr in Döberitz.

Die Lehungen der Gardetruppen in Döberitz haben diesmal vorzeitig ihren Abschluß gefunden. Die im Barackenlager ausgebrochene Anthraxepidemie hatte schließlich eine solche Ausdehnung angenommen, daß wegen der großen Zahl der Erkrankten überhaupt keine Abtheilung mehr in hinreichender Stärke antreten konnte. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wurden verhältnismäßig fast in gleicher Zahl von der Krankheit befallen, die, wie verkannt, auch mehrere Opfer unter den zuletzt in Döberitz untergebrachten Truppen gefordert haben soll. Zur Untersuchung der Ursache der Seuche wurde Mittwoch noch Professor Dr. Koch herangezogen, der mit mehreren höheren Militärärzten erschien. Man kam zu der Ueberzeugung, daß das ganze Lager durch seuche sei und augenblickliche Gegenmaßregeln nicht mehr nützen könnten. Schon am Dienstag wurde befohlen, daß die nach dem Uebungsplane noch zu erwartenden Truppen, die Gardejäger und das Lehrinfanteriebataillon, nicht nach Döberitz kommen sollten. Am Mittwoch steigerte sich, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, die Zahl der Kranken der Gardeinfanterie und auch der Gardebataillone, die sich seit voriger Woche im Lager befanden, in unheimlicher Weise. Nachmittags fand zwischen Döberitz und dem Generalkommando des Gardecorps in Berlin ein ununterbrochener Depeschwechsel statt, und erst am Abend traf der Befehl zur sofortigen Räumung des Lagers ein. Der Durchzug der Gardebataillone nach Berlin durch Spandau dauerte bis gegen Mitternacht; die Spandauer Truppen haben in der zehnten und elften Stunde nachts ihre Kasernen wieder bezogen. Diese letzte Uebungsperiode des Sommers sollte noch bis zum 30. August dauern.

Die Anaphrenide soll, wie von anderer Seite gemeldet wird, nicht durch den Genuss von Weichbier entstanden sein. Nur das Wasser wird als Erreger der Krankheit betrachtet. Wenn gleich die Bodenverhältnisse am Lager für Brunnenbohrungen gut sind, so ist doch das Lagerungswasser nicht sonderlich, und zwar gerade in diesem Jahre. Der an der Pumpstation des Lagers vorbeiziehende Schlangengraben ist unansehnlich, weshalb er früher auch den poetischen Namen „Schweineelutengraben“ führte.

Heber die bereits kurz gemeldete Familien-Tragödie in der Joststrasse erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Eugen Köhler war früher Ingenieur, er eröffnete vor sechs Jahren, als er sich verheiratete, in der Lothringerstrasse ein Kolonialwaren-Geschäft und verlegte daselbst 1897 nach dem Hause Joststr. 8. Da das Geschäft jedoch nicht gut ging, so sah sich K., nachdem er sein ganzes Vermögen zugelegt und eine nicht merkbliche Schuldenlast auf sich genommen, genötigt, daselbst aufzulösen. Er suchte anfänglich wieder Stellung als Ingenieur oder Buchhalter zu erlangen, gab jedoch, als sich keine Vermittlungen als vergeblich erwiesen, die Veruche auf, während Frau K. die Familie durch Mäntel-nähen ernähren mußte. Da K. auch in den letzten Monaten mit der Wicte im Rückstande blieb, so kam es zwischen den Eheleuten öfter zu Zwistigkeiten und Frau Köhler erklärte ihrem Manne, daß sie im Falle einer etwaigen Ermäßigung mit ihren beiden Kindern zu den Eltern zurück-ziehen werde. Alle diese Umstände scheinen den früher lebensfrohen Mann zur Verzweiflung getrieben zu haben. Mittwochnachmittag um 1/3 Uhr verließ Frau Köhler die Wohnung, um Mäntel abzu-liefern. Die beiden Kinder spielten auf der Straße, während Köhler in dem Hause zurückblieb. Er benutzte die Zeit des Alleinseins, um die Vorderthüren zu dem geplanten Doppelmord und Selbstmord zu treffen. Er hatte sich auf bisher nicht ermittelte Weise Cyanall verschafft und löste dieses in Wasser auf. Um 6 Uhr rief er dann die Kinder in das Zimmer hinein und gab ihnen von der Gift-mischung zu trinken. Die Wirkung muß eine sehr schnelle gewesen sein, denn als Frau Köhler um 7 Uhr nach Hause kam, waren die Körper der beiden Kleinen schon kalt. Köhler gab zwar noch schwache Lebenszeichen von sich, verstarb jedoch noch vor dem Ein-treffen eines Arztes.

Revisionsfahrten zum Zwecke einer Kontrollerung der Weichen in dem Geleise der Großen Berliner Straßenbahn haben in den letzten Nächten stattgefunden. Es hat sich heraus-gestellt, daß die Weichungen durch die schwachen Accumulatoren-wagen außerordentlich abgenutzt und beschädigt sind, so daß die Weichen verlagern und infolgedessen häufig Betriebsstörungen herbei-geführt werden. Derartige Störungen sollen nun durch die nächst-liegenden Revisionsfahrten vermieden werden, da durch diese eine Fest-stellung der fehlerhaften Weichen erfolgt, so daß eine Auswechslung der Geleisefilde alsbald vorgenommen werden kann.

Der Abschluß der Voruntersuchung gegen den Agenten Kühne, der als „Kapitän Wilson“ im Sternberg-Prozess eine so wichtige Rolle spielte, ist vorläufig noch gar nicht abzusehen. Er ist bekanntlich beschuldigt, versucht zu haben, die Zeuginnen Callies und Frau Hausmann zu falschen eidlichen Aussagen zu ver-leiten. Er behauptet, daß die genannten Zeuginnen an ihn heran-getreten seien, und nicht umgekehrt. Dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, fällt es schwer, einen Entlastungsbeleg anzut-reffen. Da bei den Verhandlungen, die zwischen Kühne und den zu Beeinflussenden stattgefunden haben, dritte Personen nicht zugegen gewesen sind. Der Gesundheitszustand des Kühne, der in schwer-leidendem Zustande verhaftet wurde, hat sich inzwischen so gebessert, daß er bereits das Lazarett verlassen hat.

Vielsache Verhörungen über Rücksichtslosigkeiten von Rad-fahrern gegen Fußgänger haben den Landrat v. Stubenrauch veran-laszt, wiederum darauf hinzuweisen, daß die Radfahrer bei der Be-nutzung erlaubter Fußwege und Chauffeebantlets verpflichtet sind, den Fußgängern auszuweichen. Die genaueste Beachtung dieser Vor-schrift liege im eigenen Interesse der Radfahrer, da sich andernfalls die Ortspolizeibehörden gezwungen sehen würden, die freigegebenen Fußwege und Bantlets immer mehr und mehr für den Fahrrad-verkehr zu sperren.

Ein großer Uhren- und Juwelendiebstahl ist in der gestrigen Nacht in dem Uhrengeschäft von Otto Quade, Gleditschstr. 40, verübt worden. Die Art der Ausführung des Diebstahls erinnert an den vor mehreren Jahren in der Leipzigerstrasse verübten Juwelendiebstahl. — Als Herr Quade gestern morgen gegen 8 Uhr den Laden öffnete und den Geschäftsbraum betrat, stand er plötzlich vor einem Abgrunde, in den er beinahe hinabgestürzt wäre. Aus der Tiefe unmittelbar vor der Ladenthür war ein großes etwa 40 Centimeter im Quadrat messendes Stück herausgeschmissen worden. Die auf dem Ladentisch stehenden Glasuhren, in denen Taschenuhren und Schmuckstücke ausgelegt gewesen, waren vollständig ausgeräumt. Die Eindrehen hatten sich vermutlich am Abend vorher einschließen lassen und öffneten dann die Thür des unter dem Laden befindlichen Kellers mittels Radschlüssels. Sie legten die Decke des Kellerraums bloß und machten dann jebeifalls mit einem Centrumsbohrer Löcher in die Diele des Geschäfts. Hierauf schnitten sie mittels einer Spitzhake die bereits erwähnte Oefnung, durch welche sie bequem in den Laden gelangen konnten. Die Diebe erbeuteten einen großen Vorrath goldener Uhren und Ketten, Fingerringe und Armbänder im Werte von ca. 5000 Mark. Die alsbald benachrichtigte Kriminalpolizei nimmt an, daß die Täter Mitglieder der Wolfischen Diebesbande sein dürften, von denen sich jedenfalls noch nicht alle hinter Schloß und Riegel befinden.

Rückschiffahrt bringt eine Meldung von einem Unglücksfall, der sich am Montag auf der Havel in der Nähe des Kaiser Wilhelm-Turms zugetragen hat. In dieser Gegend weilende Ausflügler wurden am Nachmittage durch Hülse alarmiert und die noch dem Ufer Eilenden bemerkten einen in der Havel badenden Mann, der mit den Wellen kämpfte. Da die Leute glaubten, daß jener sich nur einem Scherz bereite, so eilte niemand den im Wasser Beschlagnen zu Hilfe und der Unglückliche verschwand vor den Augen der Zu-schauer in den Fluten. Jetzt wurden zwar Rettungsversuche unternommen, jedoch zu spät. Die Leiche des Ertrunkenen, eines in der Friedrichselderstrasse in Berlin wohnhaft gewesenen Arbeiters Weinhönd wurde erst gestern nachmittag gelandet.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich gestern nachmittag in der Gubenerstrasse. Dort ist auf dem Grundstück Nr. 26 ein Neubau errichtet. Beim Abbruch des Dachgerüsts stürzten nun die Arbeiter Eugen Klode aus der Franzosstr. 4 und Hermann Bösch aus der Köpenickerstr. 128 mit einem Balken in die Tiefe und fielen auf einen Bretterhaufen, der auf dem Hofe lag. Während Bösch mit Gantabschnürungen davonkam und in seine Wohnung gehen konnte, nachdem er auf der Unfallstation 16 in der Warschauerstrasse einen Verband erhalten hatte, erlitt Klode schwere Verletzungen an der Brust und den Beinen und zwei Rippenbrüche. Er mußte von der Unfallstation nach dem Krankenhaus am Friedrichshau gebracht werden.

Ein Dachstuhlbrand im Warenhaus für deutsche Beamte brach gestern nachmittag in der zweiten Stunde aus. Auf den Namen „Mittelmeer“ waren unmittelbar nach der Feuermeldung drei Lösch-züge aus der Linienstrasse, Mauerstrasse und von der Fischerbrücke unter Leitung des Feuerwehrcapitains Altonstos auf der Brand-stelle eingetroffen. Dem schnellen Eingreifen der Wehr gelang es, schon nach kurzer Zeit das Feuer zu löschen. Ein Bodenraum des Hotels zum Deutschen Reichstag, das sich im Warenhaus für deutsche Beamte befindet, war durch ein Stearinlicht, das dem Gebälk zu nahe gerückt war, in Flammen geraten. Ein Küchenbeamter des Hotels hatte in dem Raume zu ihm geholt und verjessen, die Kerze zu entfernen. Neben dem Bodenraum befindet sich die Sattler-werkstatt des Warenhauses; durch das Feuer im Nebenraum hat sie erlitten, wenn auch unerheblichen Schaden gelitten. Im ganzen wurde von der Wehr nur ein Rohr in Thätigkeit gesetzt.

Bei lebendigem Leibe fast verbrannt ist gestern, Donnerstag nachmittag gegen 12 1/2 Uhr, die 23 Jahre alte Schneiderin Gertrud Weuer aus der Schwedterstr. 258. Als sie auf einer Spirituslampe Milch für ihr Kind wärmen wollte, geriet ihr der Spiritus in Brand, die Flasche fiel ihr aus der Hand, und der brennende Inhalt ent-zündete ihre Kleider. Am ganzen Körper lichterloh brennend, stürzte die Aermte aus ihrer im zweiten Stock gelegenen Wohnung die Treppe hinunter auf die Straße hinaus. Hier sammelte sich zwar eine große Menschenmenge, aber niemand wagte es, die Dremende anzufassen, bis an der Ecke der Tempelinerstrasse zwei Schutzmänner ihr Hilfe leisteten. Am ganzen Körper verbrannt wurde sie von der Unfallstation in der Kastanien-Allee mit einem Päckchen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshau gebracht. Auch die beiden Beamtinnen verbrannten sich erheblich an den Händen.

Zusammenkunft der Arbeiter-Sportvereine. Uns wird ge-schrieben: Eine Begegnung sämtlicher Arbeiter-Sport- und Turn-vereine ist für den 1. September d. J. geplant. Die Zusammenkunft hat den Zweck, die erwähnten Vereine in engere Verbindung mit einander zu bringen, sie findet fort in Marienlust bei Grünau (am Fuße der Müggelberge). Voraussetzlich werden sich daran anher anderen eine bedeutende Anzahl Radfahrer-, Schwimmer- und Turnvereine, sowie ein Ruderklub und ein Segelklub beteiligen. Willkommen sind hierzu überhaupt alle Arbeiter-Sport- und Turn-vereine, und es werden daher Vereine, welchen eine Einladung bisher nicht zugegangen ist, die der Sache aber sympathisch gegenüberstehen und sich eventuell beteiligen wollen, gebeten, Mitteilungen an Willy Härtig, Berlin, Blankenfeldestr. 4, gelangen zu lassen. Die Ankunfts-zeit der einzelnen Vereine ist auf 9 1/2 Uhr festgelegt. Für bequeme Unterkunft und solide Bewirtung ist bestens gesorgt.

Dem Zoologischen Garten hat Herr Paul Herbst in Concepcion, Chile, vier Induhische gefchenkt, zwei jüngere und ein aus-gewachsenes Paar. Die Induhische sind die Iiverge unter ihren Verwandten, ganz kleine Tiere mit kurzem, fast vieredigem Kopf, außerordentlich piekischen Beinen und stark überbautem, gedungenem Körper. Das Männchen trägt nur ein einfaches Spiegeltelch. Diese merkwürdigen Hirschen leben in den Hochgebirgen von Süd-Amerika; die bekannteste Form, welche jetzt hier ausgehelt ist, stammt aus Chile; eine andre, Padua mephistopholis, ist neuerdings aus den bolivianischen Anden beschrieben worden. Bisher ist nur einmal, und zwar für ganz kurze Zeit, ein Pärchen dieser seltenen Art hier im Berliner Garten gewesen.

Theater. Das Schiller-Theater wird Sonnabend, den 11. d. M., mit Johans Schampyl, „Die Kronprinzen“ wieder eröffnet. — Das Retropol-Theater bringt am Sonnabend seine Saison-Rovität, die fünfaktige Berliner Lustspielkomödie „Schön war doch“ heraus, in deren Mittelpunkt eine den Berliner wohlbekannte Figur steht, der oft belacht Bielefeld, den Emil Thomad seiner Zeit mit beispiel-losem Erfolge im Central-Theater freiert hat.

Aus den Nachbarorten.

Ober-Schöneweide. Hier findet Sonnabendabend 8 1/2 Uhr, bei O. John, Wilhelmshofstr. 18, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Mädchen statt. Ganz besonders sind die Frauen eingeladen. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag der Genossin Frau Gradnauer-Groß-Vichtersfelde.

Die Landgemeinde-Ordnung, die wie alle derartigen Gesetze einer Anzahl von Gaus- und Grundbesitzern besondere Nachmittel an die Hand giebt, ihren unheilvollen Einfluß auf die einzelnen Verwaltungen in den Kommunen auszuüben, findet auch in anderen gütlichen Verfügungen und Gesetzen seine dies-schädliche Treiben einschränkende Bestimmungen. Weder findet man, daß dort dem Nichtgrundbesitz in irgend welcher Weise Äquivalente geboten wären für gewährt milderes Recht, noch findet man Bestimmungen, welche dem Grundbesitz auf Grund der Ausübung besonderer Vorrechte auch be-sondere Verpflichtungen dem Gemeinwesen gegenüber auferlegen. Nur zu oft zeigt sich in der Praxis, daß selbst Gemein-de-verwaltungen, die in besonderen Fällen an den Gemein-sinn dieser Kreise zu appellieren gezwungen sind, mangels gesetzlicher Vorschriften in die Zwangslage kommen, vor dem Widerstande dieser Bevorchoreten die Segel zu streichen. Was kümmert es das Gros dieser Leute, von vorhandenen moralischen Verpflichtungen reden zu hören, für sie ist in solchen Dingen allein entscheidend die Wahrung eigener persönlicher Interessen. Wissen diese meist alleingeseffenen, jeder modernen Reuerung abholden Volkstücker doch genau, daß ihre Gleichgültigkeit in den gesetzgebenden Körperschaften dafür gesorgt haben, daß ihnen von Gesetzes wegen kein Haar getrimmt werden kann.

Dies gemeinschädliche Treiben tritt namentlich in den Orten klar zu Tage, die an der Peripherie der Großstadt belegen, durch Massenauzug schnelleres Wachstum aufweisen und hierdurch gezwungen sind, althergebrachte Zustände moderneren Ein-richtungen Platz machen zu lassen. Besonders trah hat in letzter Zeit wiederholt das Verhalten der Grundbesitzer von Neu-Weißensee Beispiele für den mangelnden Gemein-sinn dieser Kreise geliefert. Durch die ausgedehnten Reupflasterungen war die Gemeinde gezwungen, wegen einheitlicher Regelung der Bürgersteige die Abjuzanten der Straßenzüge zusammenzubringen, damit sie durch Unterbrechung ihre Bereitwilligkeit bezeugten, diese Arbeiten auf eigene Kosten vor ihren Häusern und Grundstücken herzustellen. Von 66 Anliegern der Sedanstrasse zum Beispiel er-schienen ganz kürzlich zu solcher Zusammenkunft ganze 27 Personen, und diese waren noch zum Teil gekommen, um zu opponieren. Wie kommen wir dazu, dies für die Gemeinde zu machen? „Wenn etwas vor meinem Hause passiert, ich bin in der Hoff-spflicht-Beräthung!“ Diese und andre von Menschenfreund-lichkeit und Gemein-sinn gleicherweise zeugnenden Auserlassungen waren dort zu hören. Aus der ganzen Regelung der Trottoire und Bürgersteige ist nun auch nichts geworden, die staubigen Zustände in dieser Beziehung bleiben weiter bestehen. Mögen andre ihre eigenen Hals und Beine brechen — wir sind ver-sichert! Das Gesetz giebt den Landgemeinden leider keine Hand-hilfe, diesen Menschenfreunden in ihrem Thun und Lassen Einhalt zu gebieten.

Heberfall in Grunewald. Am 19. d. M. nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr sind auf einem Waldwege, welcher von der Chauffee-Hundeshöhe-Waunsee links ab nach Schlichtensee führt, zwei Damen durch einen Mann, der sie zuerst anbetelte und auch ein Geldgeheim erhielt, um den Rest ihrer Borschaft beraubt worden, indem er sie mit einem Revolver zu erschließen drohte. Der gefährliche Mensch ist etwa 35 Jahre alt, klein und schwächling, hat blonden Schurre-bart, stark hervortretendes Kinn, frechenden Blick. Als besonderes Kennzeichen wird nervöses Zucken der Waden angegeben. Er trägt dunkelblaues, von der Sonne gebläutes Jackett, graugrüne schmal-gestreifte Beinkleider, schwarzen steifen Hut, schwarze Stiefel mit gliefen Absätzen. Etwaige Mitteilungen über den Thäter werden auf jedem Polizeirevier oder auch bei der Kriminalpolizei, Zimmer 38, entgegengenommen.

Gerichts-Beilage.

Unter der Anklage des Wuchers stand gestern der Direktor Emil Adolf Polzin von der Berliner Elektrizitätsgesellschaft, Plan-Aller 6, vor der vierten Ferien-Straf-kammer des Landgerichts I. Als Belastungszeuge trat der frühere Rittersgutsbesitzer Oskar Herbig gegen den Angeklagten auf. Der Zeuge behauptete, daß er mit Polzin seit 14 Jahren bekannt sei. Dieser sei häufig sein Gast gewesen, als er das Rittergut Bieslow bei Fürstentum noch sein eigen nannte. Im Herbst 1899 habe der Zeuge dem Angeklagten vorgestellt, daß er genötigt sei, seine zum Gute gehörige Pflanzung durch Anschaffung von neuen Maschinen betrieblich und ertagsfähiger zu machen, weil sonst seine ganze Existenz in Frage komme. Der Angeklagte habe ihm zum April des Jahres 1900 ein hypothekarisches Darlehen von 40 000 M. versprochen, da er zu diesem Termin ein Terrain an die Stadt Berlin verkauft haben würde. Im Januar 1900 sei der

Zeuge bereits so in Geldverlegenheit gewesen, daß er wegen einer Schuld von 700 M. gepfändet worden war. Ich habe dem An-geklagten seine Not geklagt und ihn gebeten, einen Wechsel über 1000 M., den der Zeuge als Zahlung für eine Steinlieferung er-halten, zu disponieren. Der Angeklagte habe erklärt, daß er augenblicklich dazu außer Stande sei, sich aber bemühen wolle, das Papier anderweitig unterzubringen. Polzin habe ihm dann den Wechsel gedrückt, daß er nur 800 M. dafür erhalten könne, hierauf sei der Zeuge aber nicht eingegangen. Nach 8 Tagen habe er aber doch in den lauten Apfel beißen müssen. Polzin habe ihm 800 M. gezahlt und dabei verprochen, daß der Zeuge noch 50 M. erhalten solle, wenn der Wechsel bezahlt würde. Als der 1. April 1900 herangekommen war und der Zeuge wegen des ver-sprochenen Darlehens drängte, habe Polzin erklärt, daß er das Geld vor dem 1. Juli nicht zahlen könne, aber versuchen wolle, es von der Breslauer Disconto-Gesellschaft zu beschaffen. Der Zeuge habe dann im Laufe des nächsten Vierteljahres ratenweise 34 900 M. er-halten, während 40 000 M. auf dem Gut eingetragenen worden waren. Die Vereinbarung war dahin gegangen, daß das Kapital mit 6 Proz. verzinst werden und Polzin 4 Proz. von dem aus der Pflanzung zu erwartenden Gewinn erhalten sollte. Erhielt der Zeuge nun eine Ratenszahlung von 5000 M., so brachte der Angeklagte gleich den gebuchten Teil davon als Unkosten zc. in Abzug. Trotzdem verlangte der letztere zum 1. Oktober 1900 den ganzen Hinzubetrag in Höhe von 2000 M. für das verlossene Halbjahr. Aus allen diesen Geschäften, die mit Provisions- und andren Unkosten ver-bunden waren, wurde der Zeuge nach und nach dem Angeklagten noch 11 000 M. auf Wechsel schuldig. Seine Verlegenheiten wuchsen und schließlich kam sein Gut unter den Hammer. Es war mit 450 000 M. versteigert, 430 000 M. wurden dafür gezahlt und die dem Angeklagten gehörige Hypothek gelangte noch zur Ausbütung. In dem ganzen Verlaufe des Angeklagten Polzin erblickte die Staats-anwaltschaft die Thatbestandsmerkmale des Wuchers. Der Be-schuldigte behauptete dagegen, daß er nicht eigennützig gehandelt habe, als jeder anständige Kaufmann es thun würde. Den Wechsel über 1000 M. habe er thatsächlich bei einem andren für 800 M. verkaufen müssen, er könne leider dessen Namen nicht nennen, da es ein Offizier sei. Bei der Breslauer Disconto-Gesellschaft habe er ebenfalls Zinsen und Provision zahlen müssen. Die dem Zeugen Herbig gemachten Abzüge sollten nur prozessual sein und als Sicherheit für die zu zahlenden Zinsen dienen, er habe dem Zeugen auch gesagt, daß später eine entgeltliche Berechnung statt-finden solle. Der Zeuge habe falsche Vorpiegelungen gemacht durch die Angabe, daß seine Pflanzung ihm jährlich 20 000 M. einbringe, aber nach der Vergrößerung einen Gewinn von jährlich 80 000 M. ab-werfen könne. Zeuge Herbig bestritt diese Äußerung mit Ent-schiedenheit. Er sei fest davon überzeugt, daß er arg be-nutzt worden sei, umso mehr, da er von andrer Seite gehört habe, daß Polzin nur zum Schein die Breslauer Disconto-Gesellschaft in Anspruch genommen habe und dort selbst ein großes Guthaben hatte. Der Staatsanwalt erklärte, daß er, falls dies erwiesen würde, die Anklage auch auf Betrug ausdehnen würde, und beantragte darauf die Verurteilung, um den Direktor der Gesellschaft laden zu lassen. Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Winterfeldt, schloß sich diesem Antrage an und der Be-richtshof erkannte demgemäß.

Der Wohlthäter der Frauen. Eine eigenartige Methode, sich die Gunst von Frauen zu erlangen, hat sich der nicht mehr jugendliche Kaufmann Wilhelm Pohlmann erlaubt, der gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung vor der vierten Ferienstrafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte näherte sich solchen „armen Witwen“ und „jungen Mädchen“, die durch Zeitungsammonen edel denkende Menschen um ein Darlehen baten. Er hatte früher ein Depot bei der Nationalbank für Deutschland, welches längst abgehoben war; er besah aber noch das Gedeckbuch, in welchem sich noch eine Anzahl unbeschriebener Check-Formulare befanden. Diese benutzte er, um sich den Geld suchenden Frauen und Mädchen gegenüber als Wohlthäter aufzuspielen, wobei er lebhaft den Jwed verfolgte, durch Gunstbezeugungen seitens der betreffenden Damen belohnt zu werden. Er übergab ihnen Checks auf die Nationalbank, die er in der gewünschten Höhe ausstellte und mit falschem Namen unterschrieb. Einer der Frauen ist es schließlich ergangen; als sie den Check bei der Bank präsentierte, wurde sie als Schwindlerin festgenommen und erst wieder entlassen, als sie heraus-stellte, daß sie das Opfer einer Täuschung geworden war. Aus dem ganzen Verlaufe des Stunders nahm der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, Veranlassung, das Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Gaultz über den Geisteszustand des Angeklagten einzufordern. Das Gutachten ging dahin, daß derselbe zwar geistig nicht ganz vollwertig, aber nicht unzurechnungsfähig sei. — Der Gerichtshof erachtete es für höchst verwerflich, notleidende weibliche Personen in dieser Weise unaufrichtiger Zwecke dienlich zu machen; er verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat auf die Untersuchungshaft.

Das Vereinsgesetz gegen die Arbeiter. Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes waren der Vergarbeiter Effer und der Gastwirt Runge in zweiter Instanz zu Geldstrafen verurteilt worden. Effer sollte die §§ 1, 2, 12 und 13 und Runge die §§ 1 und 12 über-treten haben. Das Landgericht führte begründend aus: In Veruch habe jahrelang ein Gesangsverein „Freiheit“ bestanden, der „gerichtsmäßig“ eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt habe. Dieser Verein habe sich aufgelöst und 14 Tage später sei ein andrer Verein als Gesangsabteilung des Vergarbeiter-Verbandes gegründet worden. Derselben Mitglieder seien früher im Verein „Freiheit“ gewesen. Im Lebungs-zimmer des Vereins hängen socialdemo-kratrische Bilder und Singsprüche, sowie die Darstellung des Stammbaums des Socialismus. Nach dem Statut habe der Verein die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. — Aus alledem sei anzunehmen, daß die Gesangsabteilung des Vergarbeiter-Verbandes in Veruch die Angelegenheit der Vergarbeiter vertreten und auf ihre sociale Lage einwirken wolle. Da somit der Verein auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle, so hätte Effer als Vorsteher binnen drei Tagen nach der Stiftung die Statuten und das Mitglieds-Verzeichnis der Polizei einreichen müssen. Runge ferner der Gendarm die Mitglieder an einem Sonntag im Vereins-zimmer bei Runge angetroffen. Jeder habe eins der Liederbücher vor sich gehabt, die früher im Verein „Freiheit“ verwendet worden seien. „Offenbar“ hätten politische Erörterungen gepflogen werden sollen, die Ver-sammlung hätte deshalb vorher polizeilich gemeldet werden müssen. Effer sei also auch wegen der Unterlassung der Anmeldung zu be-strafen und Runge, weil er für eine zu Unrecht nicht angemeldete Versammlung den Raum hergegeben habe. Effer und Runge legten Revision ein, die durch Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann vor dem Kammergericht vertreten wurde. Der Anwalt machte geltend, daß die Feststellungen des Vorderrichters so mangelhaft seien, daß sie unmöglich die Anwendung des Vereinsgesetzes rechtfertigten. — Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Das Landgericht habe die §§ 1, 2, 12 und 13 des Vereins-gesetzes nicht verletzt. Es sei festgelegt, daß der Verein eine Ein-wirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke und daß in jener Sonntagversammlung hätten öffentliche Angelegenheiten erörtert und beraten werden sollen. Wenn die Revision Gründe für diese Feststellung vermisse, dann sei diese Reize eine prozessuale und von der Revisionsinstanz nicht zu berücksichtigen.

Sociales.

Sociale Fürsorge in den Berufsgeoffenheiten. Von einigen Tagen sind in München die ordentliche Generalversammlung der bayerischen Baugewerks-Berufsgeoffenheit statt. Aus dem Verwaltungsbericht ergibt sich eine enorme, fortdauernde Steigerung der Verwaltungskosten. In der Generalversammlung fanden es auch einige Delegierte für unerhört, daß im Vorschlage 1902

wiederum eine Erhöhung der Verwaltungskosten und zwar von 155 422,11 M. auf 209 000 M. eingeführt war. Die Zeiten würden immer schlechter, die Listen der Genossenschaft immer größer und nichts desto weniger würden immer neue Stellen geschaffen. Die Erhöhung der Verwaltungsausgaben ist jedoch nach den Ausführungen des Vorsitzenden Geldberg notwendig, da die Beauftragten um zwei vergrößert werden müssen. Ein Nürnberg-Delegierter sprach seine Ansicht dahin aus, daß diese zwei Beauftragten überflüssig sind, da ja für die Aufsicht der Bauten bei der derzeitigen strengen Aufsicht der städtischen Baukontrolle genügend gesorgt sei. Darauf erwiderte Herr Geldberg, daß sich ja die Genossenschaft gegen dieses System der Baukontrolle oppositionell verhalten habe. Wenn eine Kontrolle vorgenommen werden muß, so ist diese nicht von Arbeitern, sondern von der Genossenschaft vorzunehmen. Die Unfallziffer sei fortwährend im Steigen begriffen und auch die Ausgaben für die Verletzten werden immer höher. Nach dem neuen Unfallversicherungs-Gesetze müsse der Verletzte, einleitend, ob der Unfall am 3. oder 28. eines Monats erfolgt sei, die ganze Monatsrente erhalten. „Machen Sie Vorschläge, wie wir die Prämien erniedrigen und die Renten kürzer bemessen können.“ Ein Delegierter aus der Provinz findet in der Tat die für Entschädigungen im letzten Verwaltungsjahre gezahlten 1 590 611,07 M. geradezu horrend. Da wäre es doch an der Zeit, daß die Renten niedriger bemessen werden. (1) Er machte den Vorschlag, daß jedes Genossenschaftsmitglied jährlich ein Verzeichnis der Rentenempfänger bestimme, damit ein jeder wisse, wer im Genosse einer Rente sei. Heute komme es vor, daß Leute hohe Unfallrenten bezögen, aber doch in Arbeit stehen und die höchsten Löhne erhalten. Der Vorsitzende Geldberg erwidert hierauf, daß die Genossenschaft doch keine sogenannten schwarzen Listen anlegen könne. Das sei noch dem Gesetz verboten, weil es eine Unterbindung der Arbeitsgelegenheit bedeute. Wenn Rentenempfänger dennoch die höchsten Löhne beziehen, so sei dies nach seiner Ueberzeugung ganz ungerathen, aber die Genossenschaft sei dagegen machtlos, weil man keinem Genossenschaftsmitglied vorschreiben könne, welche Löhne es seinen Arbeitern zu zahlen hätte. Die Vertrauensmänner hätten eine Liste der Rentenempfänger ja ohnehin schon in Händen, jedem Genossenschaftsmitglied eine solche Liste auszuhändigen, sei unmöglich. — Und nun das Gegenstück zu diesem Ausfall auf die Rentenempfänger. Nach sehr lebhafter Debatte beschloß die Genossenschaftsversammlung, auf Geltendmachung von Regressansprüchen gegen den Ingenieur Eberhart, der wegen des Gerüststurzes am Neubau des Zuchthauses in Straubing durch Urteil des dortigen Landesgerichts wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung mit 3 Monaten Gefängnis bestraft (und dann bekanntlich begnadigt wurde), dem Antrage Eberharts entsprechend, zu verzichten. Wie die „Münch. Post“ hört, betragen die an die Hinterbliebenen der Getödteten und an die Verletzten zu zahlenden Renten etwa 80 000 M.

Verfassungen.

Die Cigarrenhändler und Restaurateure von Niddorf fanden sich am Veranlassung der dortigen Tabalarbeiter am 20. August zwecks Stellungnahme zum Nordhäuser Kautabalarbeiter-Ausstand im Lokal von Landner ein. Der Referent, Riesel, führte den Anwesenden die Kämpfe der Nordhäuser Tabalarbeiter mit den Unternehmern vor, er schilderte, wie die Fabrikanten den Kampf entfesselt haben, wie sie den letzten Rest von Recht und Freiheit der Arbeiter zu nichte zu machen bestritten sind, um nachher mit um so größerer Wucht die Hungerpeitsche über dieselben schwingen zu können. Dem müsse Einhalt gethan werden, indem den Firmen, welche bis jetzt den so gerechten Forderungen der Arbeiter getrotzt haben, das Ablagegebiet freitig gemacht werden müsse. Redner forderte hierzu die energische Hilfe der Versammelten. In der Diskussion sprachen Wögle, Freese, Brühl und im Sinne des Referenten. Brühl forderte auch, daß die Arbeiter Niddorfs beim Einkauf von Kautabal solchen von nicht gesperrten Firmen verlangen.

Folgende Resolution fand Annahme:
Die anwesenden Cigarrenhändler und Restaurateure Niddorfs verpflichten sich, während der Dauer des Nordhäuser Kautabalarbeiter-Ausstandes nur Kautabal aus bojkottfreien Fabriken in den Handel zu bringen.

Die Handbier-, Packer- und Geschäftskunstler-Vereinigung beschloß in der am 21. d. M. in der Ressource stattgefundenen Versammlung den Anschluß an die Geschäfts-Kommission der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften. In dem 5. Kongress, welcher am 22.—24. September tagt, wurden die Kollegen Konrad und Gilbert delegiert. Im „Beschleidenen“ teilte der Vorsitzende mit, daß Kollege Jonas sein Amt als Kassierer aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat. Die Bekanntgabe, daß dem Kollegen Gilbert die Geschäfte des Kassierers, dem Kollegen Konrad die des Schriftführers provisorisch übertragen sind, rief eine längere

Geschäftsordnungs-Debatte hervor, die damit endete, daß eine Revision stattfand und der nächste Versammlung darüber Bericht erstattet werden soll, um dann zur Bestätigung eventuell Renouveau des Kassierers sowie des Schriftführers zu schreiten.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 19. August eine Delegiertenversammlung ab. Nach Erledigung des ersten Punktes: „Der fünfte Kongress der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften“, erhielt ein streikender Glasarbeiter das Wort. Derselbe schilderte die augenblickliche Lage der streikenden Glasarbeiter. Die Versammlung bewilligte den Streikenden 150 M. Ferner verpflichteten sich die Delegierten, Sammellisten für die Streikenden eintreiben zu lassen. Um aber den streikenden Glasarbeitern möglichst reichliche Mittel zuzuführen, ist es notwendig, daß auch jeder Kollege seine Schuldigkeit thut.

Welkenesee. Hier fand am 20. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt, in der Stellung zur Kreisconferenz genommen wurde. Laut Bericht des Kassierers zählt der Verein 504 Mitglieder, es wurden demnach 7 Delegierte gewählt und demselben auf den Weg gegeben, dahin zu wirken, daß die Kreisconferenz beschließt: 1. Nur ein Delegierter zum Parteitag zu entsenden, sowie 2. auf die Tagesordnung des Parteitages folgende Punkte zu setzen: Revision des Schiedsgerichts betreffs der Hamburg-Accordmänner, sowie einen Referenten zu bestellen, der über: Die wirtschaftlichen Krisen, eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und den Postulat der Regierung zu sprechen hat.

Vermishtes.

Der Untergang des Passagierdampfers „Islander“. Der Passagierdampfer „Islander“ ist, wie bereits gemeldet, bei Juncun mit einem Eisberg zusammengestoßen und zertrümmert. Jetzt liegen folgende nähere Meldungen darüber vor: Die entsetzliche Schiffskatastrophe erfolgte in der Nacht, 20 Minuten vor 2 Uhr, und in 20 Minuten war das Schiff gesunken. Einer der Reisenden hat erklärt, wenn der Kapitän in dem Augenblick, wo das Schiff den Eisberg berührte, den Reisenden nicht die Versicherung gegeben hätte, daß keine Gefahr vorhanden wäre, so wären alle gerettet worden. So aber blieb eine große Anzahl in den Kabinen und fand dort den Tod. Das Schiff war kaum eine Seemeile von der Küste entfernt; das Meer war vollständig ruhig. Unter den Ertrunkenen befinden sich die Frau, die Tochter und die Nichte des Gouverneurs des Yukon-Territoriums. Ein Goldsucher, der von Klondyke zurückkehrte, hatte in seinem Gürtel für 8000 Dollars Gold verborgen; durch das Gewicht des Metalls kippte die Boje um, an der er sich angeklammert hielt, und so versank er in die Fluten. Beim Untergang spielten sich natürlich nach dem Zusammenstoße entsetzliche Szenen ab. Die Passagiere — im ganzen 125 — schliefen zur Zeit. Durch eine heftige Erschütterung wurden die meisten aus den Hängematten geschleudert. Raun waren die Rettungsboote und Floße herabgelassen, als unter den Fahrgästen eine Panik entstand. Männer trampelten Frauen und Kinder nieder, um in wilder Hast auf die Boote zu gelangen. Ein Mann schwang ein Beil und drohte, jedem Mann zu töten, der es wage, das bereits überfüllte Boot zu betreten, worin er stand. Als die Boote endlich abfielen, erhob sich ein Wutgeheul unter den zurückgelassenen Passagieren. Inmitten der Schredensszenen machte sich die Goldgräber geltend. Goldgräber von Klondyke, die mit ihren Reichthümern nach der Heimath unterwegs waren, erbrachen die festen Schränke, die Gold im Werte von 75 000 Pfund bargen, teilte um sich in den Besitz ihres Eigentums zu legen, teils um zu sterben. Um den Besitz weniger Unzen Goldstaub wurde blutig gekämpft. Frauen und Kinder wurden unarmherzig niedergebissen. Zugewandten begannen der Dampfer zu sinken. Ein gewisser Brumhauer aus Portland ließ einen Sack Gold im Werte von 2800 Pfund im Stid, um das nackte Leben zu retten. Ein anderer Mann sprang mit einer großen Tasche, die mit Gold gefüllt war, ins Meer, in der Hoffnung, ein Boot zu erreichen, aber kam nicht wieder zum Vorschein. Andre warfen ebenfalls beträchtliche Goldbeträge in die See, da sie sich mit ihnen nicht zu retten vermochten. In dieser Weise gingen wohl 30 000 Pfund, d. h. 400 000 M. verloren, während fünf Kisten mit Gold im Werte von 35 000 Pfund, also 700 000 M., die verschleuderten Banken gediehen, mit dem Dampfer sanken. Der Kapitän Foote und andre sprangen in das eiskalte Meer, wo sie in der Dunkelheit ertranken. Viele der Erretteten fanden später vor Kälte und Erschöpfung. Die Mannschaft denahm sich heldenmüthig und that das äußerste, um Menschenleben zu retten. Als der Dampfer sank, barsten die Kessel, wodurch viele, die mit den Wellen kämpften, getödtet wurden.

Bei der Explosion in den Gruben der Standard Oil Company sind, so weit bis jetzt festgestellt ist, nach New Yorker Meldungen 150 Personen verlost worden. 300 000 Barrels Öl sind

verbrannt. — Wie aus Cleveland (Ohio) gemeldet wird, fand in der Nacht zu Mittwoch eine Gasexplosion in dem Tunnel statt, der unter dem See erbaut wird, welcher die Stadt mit Wasser versehen soll. Fünf Personen ertranken.

Bei dem schon gemeldeten Bootsunfall in der Nähe von Tréquier bei Oest, bei welchem 15 Personen ertranken, kam auch die ganze Familie des Romanischristlichen Anatole Borog ums Leben. Ueber die Ursache des Unglücksfalles ist noch nichts bekannt.

Ein graufiger Hund. Einen seltsamen und traurigen Hund hat eine Gesellschaft von Bergsteigern gemacht, die letzte Woche über den Stemmaalecher in den Walliser Alpen ins Cheringthal niederkam. Mitten auf dem Gletscher trafen sie auf Ueberreste eines menschlichen Skeletts; da waren ein Schädel mit einem kleinen Haarzopf daran und ein Paar Kinderschuhe, in welchen noch die Fußknöchel saßen. Nach der Meinung eines Arztes, der zufällig bei der Partie war, handelt es sich um die Ueberreste eines vier- bis fünfjährigen Mädchens, die schon mindestens zwei Jahre auf dem Gletscher gelegen haben müssen. Die Geschichte dieses unglücklichen Weibes wird wohl schwer aufzuklären sein. Ein waadländisches Blatt spricht die Vermutung aus, ein Adler könnte das Kind seiner Zeit in jene Wildnis entführt haben. Der Steinabler kommt in den Walliser Bergen allerdings wohl hier und da vor.

Marktpreise von Berlin am 21. August 1901

nach Ermittlungen des Hl. Preisprüfungsamts.

Weizen, gut		Kartoffeln, neue, D. G. R.		Rindfleisch, Rente 1 kg		
mittel	14,10	—	—	1,70	1,20	
gering	—	—	—	1,50	1,10	
+ Roggen, gut		Schweinefleisch		Kalbfleisch		
mittel	—	—	—	1,60	1,10	
gering	—	—	—	1,60	1,10	
* Gerste, gut		Butter		Dammelfleisch		
mittel	14,00	13,90	Amer 80 Stk	2,60	2,10	
gering	13,80	13,90	Karpen 1 kg	2,40	2,10	
* Hafer, gut		Salz		2,80	1,40	
mittel	15,40	14,90	Jander	2,80	1,40	
gering	14,70	14,10	Perche	2,40	1,20	
* Hülsenfrüchte		7,15	7,15	Barock	1,80	0,80
Bohnen	8,20	5,60	Schote	2,40	1,20	
Erbsen	40,00	—	Biete	1,40	0,80	
Erbsenbohnen	45,00	—	Krebst	per Sajt	18,00	2,50
Linzen	65,00	—	—	—	—	—

*) Ad. Bahn. *) Drei Wagen und ad. Bahn.
Produktenmarkt vom 22. August. Nachdem mehrere Tage eine maitte Haltung geherrscht hatte, machte die Tendenz des Getreidemarktes heute einen etwas freundlicheren Eindruck. Der Konsum scheint endlich, wenn auch vorläufig noch zögernd, aus seiner reservierten Haltung hervortreten zu wollen; namentlich Weizen und Roggen sind bei behaupteten Preisen schonen Absatz nach außerhalb Weizenlieferungen waren auf leicht gebessertes Weizen-Ungarn 1/2 M., Roggen 1/4 M. höher gehalten. Das Geschäft blieb trotz der gebesserten Grundstimmung noch beschränkt, effektive Ware war nur aus zweiter Hand zu haben und verhältnismäßig teuer. Weizen war aus der Provinz Polen offeriert. Futtermittel verkehrten im Gefolge zum Biotgetreide in schwacher Tendenz. Hafer ist in neuer Ware reichlich zugetrieben; in Weizen rechnet man mit bedeutenden Ankünften aus La Plata. Weizen gab 10 Pf. nach — Schluss für Getreide leicht abgeschwächt. Spielend ohne Notiz.

Witterungsbericht vom 22. August 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerr. in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Wien	768	W	3	wolkig	19	Papiranda	760	Stil	—	bedeckt	15
Landsberg	770	W	1	wolkig	14	Petersburg	—	—	—	—	—
Prag	769	W	3	Stl. bed.	15	Sort	772	W	3	bedeckt	15
Frankf. M.	770	W	2	bedeckt	14	Abbeben	—	—	—	—	—
Bruchsal	771	W	2	wolkig	12	Paris	770	W	2	wolkig	15
Wien	768	W	3	Stl. bed.	18	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. August 1901.
Vorherrschend wolkig bei mäßigen westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berlin: Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zweitsunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.
G. N. 56.enden Sie sich an Damann, Morichplatz.
G. Duff. Wir haben keine Veranlassung, Ihre Rechenempfehlung abzurufen. Jeder Einzelne weiß, daß Angaben über die Zahl der an einem Streit Beteiligten, bevor genaue Angaben stattgefunden haben, nicht ganz zureichend sein können, da solche Angaben auf Schätzungen beruhen, wobei Irrtümer leicht beim besten Willen vorkommen können.
G. 200. Die Gesellschaft besteht noch, und zwar gleitet sie an, daß sie sehr gut daheut.

Statt jeder besonderen Meldung.
Die Geburt einer Tochter zeigen hochachtungsvoll an
Georg Bernhard u. Frau Fritze geb. Mühsam.
Berlin, 22. August 1901.

Orts-Krankenkasse des Zimmerer-Gewerbes zu Berlin.
Hiermit entlassen wir und der Herren Präsidium, den Mitgliedern die krankige Anzeige zu machen, daß unser langjähriger Vorsitzender, Herr

Jacob Krause
infolge eines längeren schweren Krankenlebens am 20. d. M. im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Der Verstorbene war ein Vorbild ganz besonderer Pflichttreue und Nächstenliebe. Sein gerader, ehrlicher und offener Charakter sichert ihm unser Andenken.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Nordhäuser Krankenhauses aus auf dem St. Hedwigs-Kirchhof in Reinickendorf, Berlinstraße 8, statt.
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.
J. B.: A. Brunzel.

Central-Verband der Zimmerer Deutschl. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 20. August unser Mitglied
Jacob Krause
im Alter von 65 Jahren an Magenleiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. August, nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus Nordhäuser in Reinickendorf, Berlinstraße 8, statt. Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Central-Verband der Zimmerer Deutschl. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 20. August unser Mitglied
Jacob Krause
im Alter von 65 Jahren an Magenleiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. August, nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus Nordhäuser in Reinickendorf, Berlinstraße 8, statt. Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.
Den 20. d. Mts. verstarb unser langjähriger Kollege, der Zimmerer

Jacob Krause.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus Nordhäuser in der Sifenstraße nach dem Hedwigs-Kirchhof in Reinickendorf, Berlinstraße 8, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 20. d. M. unser Mitglied
Wilhelm Ricken
verstorben ist. Beerdigung Freitag, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Hedwigs-Krankenhauses nach Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Witwe Minow nebst Kindern.
Für die zahlreiche Beteiligung am Grab meines lieben Mannes sage hiermit meinen herzlichsten Dank.

Adhtung!
Nordhäuser Kautabak
Athenstadt & Bachrodt
Nordhausen
überall erhältlich!
Generalvertrieb: [2132]°
H. Preuss,
N. Swinemünder-Strasse 66, I.
Kollmarstr. 20. Bäckerei, auch für andre Zwecke, zu vermieten. [2016]°

Adhtung!
Nordhäuser Kautabak
Athenstadt & Bachrodt
Nordhausen
überall erhältlich!
Generalvertrieb: [2132]°
H. Preuss,
N. Swinemünder-Strasse 66, I.
Kollmarstr. 20. Bäckerei, auch für andre Zwecke, zu vermieten. [2016]°

Typographia.
Zu der heute abend stattfindenden
Uebungsstunde
sind nicht sämtliche Mitglieder („a. Corr.“), sondern sämtliche SINGER (auch die gegenwärtig passiven) eingeladen.
Der Vorstand.

Verein d. Lithographen, Steindruckere etc. Deutschlands.
Sonntag, 18. d. Mts., nachm. 4 Uhr:
Urania-Extra-Vorstellung.
Nur Einführung kommt:
Das Tagebuch der Erde.
Billets zu 80, 70 u. 50 Pf. sind für die Mitglieder aller Gewerkschaften bis Sonntagabend 7 Uhr zu haben bei: Döbels, Urbanstr. 104, Tischendörfer, Sophienstr. 20 und Vorkich, Engel-Lier 15.

Achtung!
Sonntag, den 25. d. M., findet auf dem Terrain der Bauernsenschaft „Freie Scholle“, Waldmannsdorf, ein großes Sommer- u. Erntefest statt. Alle Freunde und Genossen sind hierdurch eingeladen.
Das Komitee.

Charlottenburg.
H. Schmerberg [1874]°
Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel. Uhrmacher werden samerlos gesucht.

Brauerei K. Gregory,
Badstr. 67 u. Hocusstr. 21—24, Delonon & Boppel.
Empfehle meine hochgelegenen Zale, 300 Personen lassend, für Vereinsfeiern.
Im Garten: Gr. Freikongert.

W. Münzers Ball-Salon und Garten Rixdorf.
Knechtstr. 113, Hermannstr. 119, empfiehlt seinen Saal (800 Personen fassend) und schönen Natur-Garten zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Jeden Sonntag: BALL.

Herren-Anzüge,
Valerios n. Roh, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert Landsbergerstr. 13 pr. J. Anzberg, Teilzahlung gestattet.

Charlottenburg, Kantstr. 56.
A. Kawiecki Schneidermeister
empfiehlt sein großes Stofflager zur Aufertigung von Herren- und Knaben-Garderoben sowie Einsegnungs-Anzügen zu billigen Preisen. Für guten Ein wird garantiert. [2150]°

Große Betten 12 M.
(Ober- u. Unter- u. zwei Betten mit gereinigtem neu u. reinem bei Grotz Vllig, Berlin S., Prinzen-Allee 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-Schreiben.)
An der Wichelbrücke 1 bei der Holzmarktstraße noch zu vermierten Fabrik-Räume: 20472°
I. Etage 1/2. 330 Meter,
II. „ „ 330
III. „ 115 Meter,
IV. „ 150
in bester Teifen. Doppelst. Holzstuhl, Wasserlaßst. Vermittler Prof. Simon, F. Simon, Gerlich, Hücher-Reitfor. An der Wichelbrücke 1.

Von der Reise zurück
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Karlstr. 25.

Boykottfreier Nordhäuser Kautabak
von Grimm & Triepel, Nordhausen,
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5, parterre,
Tabak-Großhandlung und Cigaretten-Fabrik.
Nur echt, wenn jedes Rädchen den Zettel: „Aus der Fabrik von Grimm & Triepel, Nordhausen“, trägt.

Charlottenburg, Friedbergstr. 19.
Wir empfehlen unser neu eröffnetes Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal. Bereinigungszimmer zu vergeben.
Carl Klein, Carl Gieseler.

Möbel Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skaltzerstr. 6, am Kottbusser Thor. [2112]°

Kinderwagen-Bazar „Baby“.
1. Invalidenstr. 160, an Brunnenstr.
2. Oranienstr. 31, an Adalbertstr.
3. Belle-Alliancestr. 107, am Bismarckplatz.
4. Gr. Frankfurterstr. 115, an Androsstr.
5. Brunnenstr. 9, an Hagenstr.
6. Reinickendorferstr. 74 u. Wedding.
7. Bonasestr. 18, an Thurmstr.
8. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 66.
Sportwagen von 450—600—80 Mk. 5, 15—100 Mk.
Riesen-Auswahl. ♦ Teilzahlung gestattet. ♦
Bei größeren Käten Cassapreise. Liefer. d. Post-Spar- u. Vorshussvereins.

J. Wands Kleidermagazin für Alt u. Neu!
Prinzenstrasse 17, an der Wasserhorstrahe.
Täglicher Eingang von Romanischungen, Romanischungen, Gessell. (Hoffb. Einlagen, auch für torpente Figuren passen, sowie elegante Damenschleier von den feinsten Herstellern, fast neu zu spottbilligen Preisen. [2161]°
Bühne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Bahnstehen 1 M. Blumen 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich.
1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9—7.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. August.
Oberhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Im Trianon-Theater: „Lebende Weber“, Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Täglich großes Konzert.
Schiller. (Rovinsky-Oper.) Martha oder: Der Markt zu Richmond. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Prophet. Anfang 8 Uhr.
Kessing. Geschlossen.
Residenz. Geschlossen.
Neues. Geschlossen.
Westen. „Theater Charivari“ (Secessions-Brett). Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Neues Theater: Ueberdrehl. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiss. Talolo. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Eigenerbaron. Anfang 8 Uhr.
Im Park: Großes Doppelkonzert und Spezialitäten.
Belle-Alliance. Der Betler. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Lustiges Brett“. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterjaal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde“. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Rovinsky-Oper.
Letzte Opernwoche!
Freitagabend 7 1/2 Uhr:
Vorletztes Gastspiel Heinrich Bütel.
Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Romantische Oper in 4 Akten von Göttem.
Sonabendabend 7 1/2 Uhr:
Beste klassisch-populäre Vorstellung der halben Preisen:
Die Zauberflöte.
Beste Sonntagsvorstellung, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen:
Der Barbier von Sevilla.
Abends 7 1/2 Uhr:
Letztes Gastspiel Heinrich Bütel.
Der Troubadour.
Montagabend 7 1/2 Uhr:
Vorletzte Opernvorstellung und Benefiz für das Orchester und Chorpersonal:
Der Wildschütz.

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Direkt.: B. Zimmermann & O. Schramm.
Lustspiel-Ensemble.
Gastspiel der Frau Lid.
Talolo
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Theater, Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Damen-Ringspiele. Betty Paars, weiblicher Held. 5 1/2 Uhr.
Zum Sonntag, 1. September ab:
Berliner Rangen.
Gr. Gefangnisse in 7 Bildern von G. Albert. Musik von Leonard.
Konditor Th. Böhmke & Turfowski.
Fritz Wolfram. . . Carl Weiss.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten

Heute ab 5 Uhr nachmittags:
Grosses Doppel-Konzert.
Auftreten des Pistonvirtuosen königl. Kammermusikers **Fritz Werner** aus Wiesbaden.
Entree 1 M.; ab 6 Uhr: 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen und Requisiten bei ermäßigten Preisen zum 725. Mal:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Metropol-Theater.

Heute, Freitag wegen Vorbereitung geschlossen.
Sonabend, 24. August 1901:
Zum erstenmal:
Schön war's doch!

Grosse Berliner Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern mit freier Benutzung von „O. diese Berliner“ von Julius Freund. Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas als Gast.
Joseph Josephy a. D.
Henry Bender — Georg Kaiser
Elise de Veré a. D.
Frid Frid — Fritzi Georgette
Im 5. Bild:
Gastspiel der berühmten australischen Tänzerin
!!! Saharet !!!
Vorverkauf von heute ab.
Ranchen überall gestattet.

Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater

Robert Steidl
als
Wolzogen II. Ueberdrehl-Parodie
10 hervorragende Spezialitäten.
Ferner:
Frau Luna
mit dem Luftballett „Origoletis“. Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Die schöne Galathee.
Operette in 1 Akt von P. Heurion. Musik von Franz von Suppé.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Rur Kräfte ersten Ranges.
Großer Sacherfolg! Großer Sacherfolg!
brauchen keine Männer mehr.
Große Ausstattungsdosse in 2 Akten von Giesfeld.
Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain
Täglich:
Theater. — Ball.
Neue Spezialitäten.
Jeden Abend **Berliner Leben.**
Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.

Sanssouci

Im Garten:
Täglich:
Hoffmanns-Nordd. Sänger und Konzert.
Donnerstag, Sonntag u. Montag:
Tanzkränzchen.
Oiden. Stentehonig, beste Qualität, versendet 9 Pf. netto zu 6,50 M., 5 Pf. netto zu 4 M. fr. Nachn. War. Juriska. Nordh. E. Reil, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. [1918]

Achtung! Turner. Achtung!

Der Turn-Verein „Fichte“ (Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes) hat seine **11. Männer-Abteilung** in der Turnhalle **Fürbringerstrasse 33/34** eröffnet. Turnzeiten jeden Dienstag und Freitag, abends 8-10 Uhr.
Um recht regen Zuspruch bittet
Der Vorstand.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mühlitz. [16490]
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Montag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
Das Urteil des Ober-Kriegsgerichts in Gumbinnen.
Referent Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht.
Diskussion.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz.
Auftreten der Excentric-Chansonnette Hedwig Böring, des Grotesque-Komikers Paul Coradini, der Frères Doussac, Uigert-Krobaten, The Karleys, Russische Romantiker, Mr. Bartlings lebende Photographien.
Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Reichshallen.

Heute, sowie täglich:
Dumorf. Solire der **Stettiner Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag, den 26. Aug.:
nach Ludenwalde.
Start 5 Uhr früh Steinerhans, Kreuzberg.
Nachmittags 1 Uhr:
Jehendorf, „Waldesruh“. Start: Galleisches Thor.
Sonntag, den 25. August:
Dampfer-Extrafahrt nach Teupitz.
Abfahrt 7 Uhr morgens in Berlin an der Stralauer-Brücke 5.
Fahrpreis für Hin- u. Rückfahrt 2 M.
L. Kahnt in Stralau. Amt VII 580. 29985

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Sonntag, 25. August, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:
Berjammlung der Ginfeker.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
107/18
Die Kommission.

Central-Verband der Zimmerer

Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Am Sonntag, den 25. August, vormittags 10 Uhr, in den **Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:**
Mitglieder = Berjammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Karl Joseph Gross** über: „Geinrich Heine“. 2. Mitteilungen und Verhandlungsangelegenheiten. 255/3
Die Mitglieder werden höflichst ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Verband der Sattler und verw. Gewerbe.

Mitglieder-Versammlungen.
Zentrale 1: Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstraße 3.
Tagesordnung: 1. Unsere Organisation. 2. Verschiedenes.
Zentrale 2: Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulze, Grenadierstraße 33.
Zentrale 3: Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII
Zentrale 4: Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.
Tagesordnung: 1. Abänderung der Statuten zur Vollstausse. 2. Vereinsangelegenheiten.
Zentrale 6: Dienstag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, v. I, Zimmer 10.
Zahlreiches Besuch erwarten
Die Vorstände.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Diecke, Adersstraße 123:
Versammlung der Hobler, Bohrer, Fräser usw.
Sonntag, 25. August 1901, bei Weigel, Drangelsstr. 136:
Morgensprache der Schraubendreher.
Die im Bezug von Arbeitslosen-Unterstützung ausgefeuerten Kollegen sind besonders eingeladen.
Zahlreiches Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter

Deutschlands (Zahlstelle Berlin II).
Das Kassieren der Beiträge zum Verbands sowie zum Streikfonds findet bis auf weiteres beim Restaurateur O. Fischer, Beusselstraße 66, statt; auch werden dort die Streikkarten abgestempelt.
43/13
Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gartenlokal. Sommer- und Wintergeködt, Tanzsaal, Restauration und Vereinszimmer, Regeltbahn, Kaffeeküche, wegen andern Unternehmens billig zu verkaufen. Näheres beim, Bankow, Kaiser Friedrichstraße 72. 29930*
Kleine Fischerei mit Hundshaus! Frankfurterstraße 10, 3 Treppen rechts.
Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsstelle Germania, Unter den Linden 21 II.
Spezialbillig. Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Remontoir-uhren verkauft bei Hans Reandersstraße 6. 73/15*
Garberoben für Herren und Frauen sowie Arbeitsanzüge für jeden Beruf leicht man gut und billig zu freng feinen Stoffen bei Fritz Hamburg. Flegel, Schloßstraße 76, Ecke Friesenburgerstraße. Fahrgehalt wird zurückgegeben. +108*

Kinderwagen. Sportwagen, Kleinstenwahl, Bazar Baby, Juwelwagenstr. 100, Frankfurterstraße 115, Crommestraße 31, Belle Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, e, Charlottenburg, Wilmerdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228*
Teppiche mit Bordenschildern, Fabrikneubereite Große Frankfurterstraße 9, parterre. 739*
Damenrad. Herrenrad 45,00. Schödel, Schindlerstraße 8. 111/16*
Nähmaschinen und Feuer-Verfärbung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8575
Nähmaschinen. Adler, Urano, Schneidmesser, Ringstich, sowie Wasch- und Strickmaschinen auf Teilzahlung. Krieg. Stallgerstraße 138. 7448*
Knabenanzüge. zurückgelehrt, haltbare Stoffe von 2,00 Mark an. Burtschen- und Einfingungsanzüge in jeder Preislage, auch nach Maß. Große Ludwigstr. Eisenbahnstraße 46/47
Prima deutsche Fahrräder für 97,50 M., gefällige Garantie. Gebrauchte Räder von 30 Mark an. Paul Journer, Boeskystraße 5, Fernsprecher 4a 7018. 175

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landäckerstraße 82
Vermischte Anzeigen.
Abendkurse für Bautechniker, Tischbautechniker, Maschinen- und Elektrotechniker. „Technikum Berlin“, Holzmarktstraße 73. Programm kostenlos.
Unfallkosten. Klagen, Eingaben, Restitutionsen. Dugger, Steglitzerstraße 65. 25708*
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends 7 1/2 Uhr. 7678*
Rechtsbureau. Rechtsanwältin, Eingabensuche, Patentierung, Handelsregister, Rechtsberatung. 28836
Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marsch, Kleine Frankfurterstr. 20.*
Hugobabab. Röhndorferstraße 60. Jeder Art für sämtliche Krankheiten. 7368*
Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Hochzeiten. Kubicki Jurran, Rammstraße 88. *

Achtung! Weraus Festsäle, Schwedlerstraße 23/24. Sonnabende an Vereine zu vergeben. Säle in Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Coufante Bedingungen. 7878*
Bon 25 Mark an leikere Anzug und Jacket nach Maß. Aber Stoff hat, liefert er für 15. B. Venskowij, Schneidermeister, Alexanderstraße 220.
Unfehlbare Nachschiffe! — Anwaltskosten weggeworfen! — Unfallsachen, Strafsachen, Ehadengesuche. Detektivbureau Abendsehrstraße 12.
Vereinszimmer mit und ohne Piano zu vergeben, Gieselerstr. 88, Semiteben. 240
Trigent O. Eudobor. Hochstraße 29, sucht streblame Männerchöre für Montag, Donnerstag und Sonnabend. 236
Vermietungen.
Schlafstellen.
Wählerte Schlafstelle (separat) Wallstraße 21/22, Luwertgebäude, Gurth.

Zimmer.
Teilnehmer. möbliertes Zimmer, sofort oder später. Radio, Range, Straße 71, vorn 1 Treppe. +113
Arbeitsmarkt.
Stollengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, H. Wäfer.
Stellenangebote.
Verlässlicher verlangen Baer u. Co. **Wah-Rosenstepperrin** verlangt **Yabian**, Frankfurterstraße 59. 1258
Wädchensachen-Arbeiterinnen verlangt **Quile**, Frankfurter Allee 18.

Tüchtige Kürschner
finden Beschäftigung gegen hohen Lohn bei
73/17
M. Bromberg,
Hamburg,
Kaiser Wilhelmstraße 70.
Achtung, Korbmacher!
In der Korbwaren-Fabrik von **Schmidt & Co., Trebbenerstraße 81,** befinden sich sämtliche Korbwaren wegen Preisdifferenzen auf Lager für im Streit. — Auch die Firma **Schlesinger, Stall-schreiberstr. 18,** samt unter denselben Bedingungen Korbmacher. Zutritt nach beiden Werkstätten ist streng ferngehalten.
Die Ortsverwaltung.
Achtung Holzarbeiter!
In der Riesenfabrik von S. Einsporn haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist streng ferngehalten.
Die Lohnkommission.
82/17) der Kistenmacher.